


www.laender-analysen.de/ukraine

QUO VADIS, UKRAINE?

KOMMENTAR

Wirtschaftlich in den Klauen Russlands –
politisch auf Zerfallskurs
Von Gunter Deuber, Wien und Jonas Grätz,
Zürich

2

Der einfachste Ausweg aus der Krise ist die
Rückkehr zur Verfassungsreform von 2004
Von Olexiy Haran, Kiew

4

Die Achillesferse der Ukraine
Von Michael Gonchar, Kiew

5

Aus dem Scheitern lernen – für eine neue
Ukraine-Politik Europas
Von André Härtel, Straßburg

7

Das Schwarze Quadrat des modernen Europas
Von Pavlo Klimkin, Berlin

8

Ost-West-Spaltung verfolgt Ukraine erneut
Von Hrant Kostanyan und Dmytro Panchuk,
Ghent

9

Der Euromaidan-Diskurs: Kommunikations-
kanäle und ideologische Aussagen
Von Volodymyr Kulyk, Kiew

11

Die Dilemmata der westlichen Analyse des
Euromaidans
Von David Marples, Edmonton

13

Quo vadis Ukraine? Gesellschaftlicher Wandel
versus erstarrtes Regime

14

Von Stefan Meister, Berlin

Janukowytschs brüchige Säulen der Macht.
Das kritische Potential der Wirtschaftskräfte
EU und USA

15

Von Inna Melnykovska, Berlin/Gießen

Zwischen Chaos und autoritärer
Machtsicherung

17

Von Heiko Pleines, Bremen

Vom zivilgesellschaftlichen Protest
zur Revolution

19

Von Gerhard Simon, Köln

UMFRAGE

Die Protestierenden auf dem Maidan
Demokratie vs. Autoritarismus
Aktuelle Wahltrends

20

21

21

CHRONIK

27. Januar – 9. Februar 2014

24



Forschungsinstitut Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
Consulting

KOMMENTAR

Wirtschaftlich in den Klauen Russlands – politisch auf Zerfallskurs

Von Gunter Deuber, Wien und Jonas Grätz, Zürich

Die im Dezember bewilligte substanzielle Finanzspritze Russlands für die Ukraine in Höhe eines IWF-Programms – zugesagte 15 Milliarden US-Dollar Investitionen in der Ukraine, Staatsanleihen und eine Gaspreiskürzung um ca. 30 Prozent, was eine Erleichterung von 15 bis 19 Milliarden US-Dollar bedeutet – hat ihre intendierten kurzfristigen Effekte vorübergehend gezeitigt. Der Abwertungsdruck auf die Hrywnja nahm ab, einige der internationalen Ratingagenturen sahen die Ukraine erst mal als stabiler an. Die jüngsten politischen Ereignisse haben diese Effekte indessen wieder zunichte gemacht und zeigen auch, dass in der Ukraine wirtschaftliche und politische Stabilität fast untrennbar miteinander verbunden sind.

Abseits eines kurzfristigen Stabilisierungsinteresses Russlands – dem die jüngsten politischen Ereignissen zuwiderlaufen – gibt es sicher weitere Intentionen für die ansehnliche Finanzhilfe. Moskau subventioniert nicht ohne Eigeninteresse eine Wirtschaftspolitik der Intransparenz und des »Durchwurstelns« ohne Lerneffekte, also ohne Reformauflagen wie bei einem IWF-Programm. Da die Refinanzierungserfordernisse der Ukraine in den kommenden zwölf bis 18 Monaten »nur« bei zehn bis zwölf Milliarden US-Dollar liegen, wäre mit einer russischen Finanzspritze eine fiskalische Lockerung vor den 2015er-Wahlen möglich. Das 2014er-Defizitziel wurde schon angehoben und der Außenwert der überbewerteten Hrywnja könnte – wenn die Finanzhilfe kommt – weiter stabil gehalten werden. Beides kann Janukowytsch mittelfristig politische Unterstützung bieten.

Angesichts so einer Wirtschaftspolitik verringern sich die ökonomischen Strukturdefizite der Ukraine aber nicht, eine Einigung mit dem IWF auf eine finanzielle Stützung und Reformen wird nicht leichter und mittelfristig steigt der Einfluss Russlands weiter. Im Rahmen der festgelegten quartalsweisen Gaspreisanpassungen sind Russlands Druckmittel – auch bei einem Regierungswechsel – in den kommenden Jahren perfekt abgebildet. Und auch die zugesicherten Investitionen in Staatsanleihen – drei Milliarden US-Dollar sind schon geflossen, weitere zwei Milliarden stehen zur Debatte – bedeuten für die Ukraine längerfristig massive Abhängigkeiten.

Die zugesagten Investitionen können jederzeit rückgängig gemacht und gekaufte Wertpapiere verkauft werden (obwohl das derzeit nicht intendiert ist). Moskau hat sich das Recht gesichert, die Stützung der Ukraine bei materiellen politischen Veränderungen beenden zu können; obwohl hier jüngst versöhnlichere Töne aus

dem Kreml kamen. Letzteres zeigt auch, dass Moskau nicht per se Janukowytsch selbst stützen will. Und die im Dezember gekauften zweijährigen Staatsanleihen (drei Milliarden US-Dollar), Fremdkapital also, sind sehr kurzfristig. Vor einem Auslaufen der Finanzierungen kann Russland bei einer weiter klammen Finanzlage der Ukraine eine Umwandlung von Schuld- in Eigentumstitel anstreben (derzeit gibt es schon wieder Gerüchte, dass die Ukraine bei Gaszahlungen im Rückstand ist), z. B. in Anteile an attraktiven staatsnahen bzw. staatlichen Firmen wie Naftogas, Juschmasch oder Turboatom. Das Szenario solch eines »debt-to-equity swaps« hat Realitätsgehalt. Die Finanzspritze für die Ukraine ist in Russland außerordentlich umstritten. Mit ihr werden Fiskalreserven zu einem nicht marktgerechten Zins (fünf Prozent Zinsen erhält Russland gegenüber einem Marktzins, der für die Ukraine derzeit beinahe bis zwölf Prozent liegt) in risikobehaftete ukrainische Staatspapiere investiert. Somit wird aber auch deutlich, dass die Investition wohl in einen anderen Profit für Russland, etwa mehr wirtschaftlichen Einfluss, münden soll. Angesichts der aktuellen politischen Ereignisse ist aber auch klar: Ein in Zukunft weiterhin massiv steigender ökonomischer Einfluss Russlands in der Ukraine kann politisch problematisch sein.

Die Ereignisse rund um die angenommene intransparente Finanzspritze zeigen: Die Machthaber in Kiew stellen kurzfristige Eigeninteressen über langfristige Interessen ihres Landes. Angesichts der jüngsten Entwicklungen verliert die Ukraine bei vor Ort und in der GUS-Region tätigen westeuropäischen Investoren zunehmend an Attraktivität. Für auch in Russland tätige Investoren bietet ein Engagement in der Ukraine bei einer zu starken Annäherung dieser an Russland kaum einen Diversifikationseffekt, während institutionelle Qualität und Planbarkeit in Russland deutlich höher sind. Und die jüngsten politischen Entwicklungen sowie etwa die angekündigten Einreisestrafen der USA für Teile der ukrainischen Elite rücken die Ukraine näher an Belarus heran, was ihre Reputationsrisiken erhöht.

Die aktuell schwere politische Krise lässt den Wert der wirtschaftlichen Absprachen mit Russland geringerscheinen. Janukowytsch hatte sich unter Druck dafür entschieden, seine Macht von Russland garantieren zu lassen, was die anhaltenden Proteste aber verunmöglicht. Blutige Repressionsversuche haben zu einer Radikalisierung und zur Ausweitung der Proteste, v. a. auf westliche Landesteile, geführt. Teils hat die Regie-

rung hier die Kontrolle verloren. Unter dem Druck der Straße und der Oligarchie versucht Janukowytsch weiter zu taktieren und auf Zeit zu spielen. Die repressiven Gesetze wurden im Parlament zurückgenommen, aber erst Tage später unterzeichnet. Der Regierungschef wurde geopfert, jedoch durch einen Vertrauten Janukowytschs ersetzt. Zwischendurch zog sich der Präsident in das Krankbett zurück. Janukowytsch spielt so mit dem Feuer. Er hofft, die Proteste aussitzen zu können und sie durch unterschwellige Terrorisierung mit Hilfe halboffizieller Schlägertrupps zu demoralisieren: Der Forderung nach Rücktritt und Neuwahlen will er nicht nachkommen.

Neben den Protestierenden sind die Oligarchen weiter das Zünglein an der Waage, da sie nicht nur über politische Macht im Parlament, sondern auch über mediale Macht verfügen. Da die meisten Oligarchen vom Deal mit Putin profitieren, haben sie im Verlauf der Proteste versucht, diese einzudämmen und Janukowytsch zu stützen, aber auch ihren blutigen Ausgang zu verhindern. So haben sie zwar die repressiven Gesetze vom 16. Januar unterstützt, nach dem wachsenden Widerstand aber auch deren Rücknahme. Insbesondere Rinat Achmetow hat sich für eine Verhandlungslösung stark gemacht. Gemeinsam mit Russland versucht Janukowytsch nun, die Oligarchen als autonome Kraft zu neutralisieren. Darauf deuten vorübergehend »verschärfte Zollkontrollen« Russlands Ende Januar hin, sowie verstärkter Druck auf die Geschäfte von Dmytro Firtasch und anderen Oligarchen durch die Partei der Regionen.

Auswege aus der gegenwärtigen Situation gibt es lediglich zwei. Zum einen könnte Janukowytsch den Protesten nachgeben, zurücktreten und Neuwahlen ausrufen. Dies würde die Proteste entradikalisieren oder zum Erliegen bringen. Solch ein Szenario setzt aber voraus, dass sich Moskau, Brüssel und Berlin im Hintergrund auf Sicherheits- und Wohlstandsgarantien für Janukowytsch und seine Familie einigen. Für den Kreml könnte dies interessant sein, um sich der *lame duck* Janukowytsch zu entledigen, es birgt aber auch wesentliche Risiken. Dieser Weg würde auch ein gewisses diplomatisches Einverständnis unter den relevanten Akteuren

voraussetzen, das derzeit wohl nicht vorhanden ist. Ein zweites Szenario wäre ein »Weiter wie bisher« – das Spielen auf Zeit, niedrigschwellige Gewalt, sowie während oder nach den olympischen Spielen in Sotschi ein erneuter Versuch der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste. Dies würde die Radikalisierung weiter anheizen und könnte zu einer kaum kontrollierbaren politischen Spaltung der Ukraine führen. Solch eine Entwicklung würde höchstwahrscheinlich von Moskau unterstützt werden; zumal mit ihr die wirtschaftlich-finanzielle Notlage der Ukraine noch größer würde. Erste Anzeichen eines solchen Szenarios wurden auf der Krim sichtbar, wo das Gebietsparlament Anfang Februar Gesetzesvorlagen für größere Autonomie und deren Schutz durch russische Truppen erarbeitet hat.

Zuweilen wird auch eine Verhandlungs-»Lösung« der Ukraine-Krise zwischen Russland, der EU und Kiew (die über reine Garantien für Janukowytsch hinausgeht) vorgeschlagen. Ausgangspunkt dafür könnte eine sinnvolle wirtschaftliche Kooperation sein, die der Ukraine die Zusammenarbeit mit der von Russland geführten Zollunion und eine wirtschaftliche Annäherung an die EU ermöglicht; langfristig muss die EU sowieso ein Format zur Kooperation mit der russischen Zollunion finden. Momentan sollte aber die Beilegung der innenpolitischen Konfliktsituation im Fokus stehen, bei der es kaum noch um die außenpolitische Ausrichtung geht. Mit Russland hingegen über ein »akzeptables« Integrationsformat zu verhandeln, birgt für die EU ferner das Risiko, den Hegemonieanspruch Russlands in der GUS-Gesamtregion zu akzeptieren. Zudem könnte die EU so einen Prozess anstoßen, der wichtige EU-Ziele – wie die Modernisierung von Staat und Justizwesen – kaum erreichen kann. Zumal Russland solch ein Szenario vermutlich nutzen würde, um auch auf Zeit zu spielen und seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Ukraine einfach weiter auszudehnen. Positiv ist angesichts jüngster Entwicklungen, dass die EU und die USA anerkannt haben, dass sie bis zu einem gewissen Grad mit der finanziellen Stützung Russland mithalten zu müssen, um in der Ukraine aktuell und gegebenenfalls auch in den kommenden Jahren nicht völlig an Einfluss zu verlieren.

Über die Autoren

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in der Ukraine tätigen Auslandsbanken, die in Wien sitzt.

Dr. Jonas Grätz ist Senior Researcher am Center for Security Studies an der ETH Zürich. Der vorliegende Kommentar repräsentiert die persönliche Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die der zuvor erwähnten Institutionen.

Der einfachste Ausweg aus der Krise ist die Rückkehr zur Verfassungsreform von 2004

Von Olexiy Haran, Kiew

Es wird behauptet, dass sich der Dialog zwischen der Regierung und der Opposition normalisiert hat. Die Tatsache, dass das Parlament die brutalen, mit allen möglichen Verstößen verabschiedeten »Gesetze« vom 16. Januar für ungültig erklärt hat, ist der erste kleine Sieg der Opposition. Der Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Asarow kommt in Wirklichkeit zu spät. Dieser hätte am 30. November 2013 erfolgen sollen.

Repressionen werden besonders in den Regionen immer noch fortgesetzt. Die Regierung benutzt die eigenen Bürger als Geiseln. Genau deswegen wurde das Amnestiegesetz zur Freilassung der inhaftierten Demonstranten in »Gesetz der Geiseln« umbenannt (da die Regierung der Opposition angeboten hatte, die Freilassung der inhaftierten Demonstranten gegen die Räumung von Regierungsgebäuden zu tauschen).

Ich glaube, dass die Opposition richtig handelt, indem sie die Verhandlungen fortsetzt. In diesem Fall zeigt sich die Opposition als ausgewogen und moderat. Trotzdem sollte der Druck von unten auch in den Regionen fortgesetzt werden. Wir müssen verstehen, dass wir den Versprechungen von Präsident Janukowytsch keinen Glauben schenken dürfen. Es ist deshalb notwendig, dass die westlichen Staaten endlich vom Reden zum Handeln übergehen. Einreiseverbote für einige Regierungsmitglieder sind erst der erste Schritt in diese Richtung. Diese Sanktionen hätten bereits am 30. November 2013 erfolgen sollen. Aber es ist zumindest etwas. Die Machthaber spüren bereits die Androhung der Sanktionen.

Das Positive daran ist, dass Politiker der Partei der Regionen endlich angefangen haben zu verstehen, welche Konsequenzen dies für sie haben kann, und nun über die Möglichkeiten einer Rückkehr zur Verfassungsreform von 2004 nachdenken. Andererseits nutzt die Regierung die Verhandlungen mit der Opposition in Wirklichkeit aber nur, um diese mit Vorschlägen abzuspeisen, die entweder nicht erfüllbar sind oder eine Falle darstellen, wie etwa das Angebot zur Räumung des Maidans oder zur Beteiligung an der Regierung unter der Bedingung, sich mit der absoluten Kontrolle durch den Präsidenten einverstanden zu erklären.

Oder lasst uns, wie Leonid Krawtschuk vorgeschlagen hat, eine Kommission zur Verfassungsreform bilden und erst einmal einfach weitermachen wie bisher. Der Vorschlag wäre zwar sinnvoll, wenn die Situation entspannter wäre, jetzt aber reicht die Zeit nicht aus für langanhaltende Diskussionen und Verhandlungen.

Es sollte eine schnelle Rückkehr zur reformierten Verfassung ermöglicht werden. Es gibt zwei Wege, um das zu erreichen: erstens, indem 300 Abgeordnete im Parlament zustimmen; zweitens, indem das Verfassungsgericht binnen eines Tages seine frühere Entscheidung zurücknimmt, dies mit den geänderten Umständen begründet und unverzüglich die ursprüngliche Version des Verfassungsgesetzes in der Fassung von 2004 wieder in Kraft setzt. Dies wäre ziemlich leicht zu erreichen, wenn der politische Wille da wäre. Politischen Willen gibt es aber nur dann, wenn Janukowytsch sich bedroht fühlt und gleichzeitig eine Garantie erhält, dass er persönlich und auch die Geschäfte seines Sohnes unbeschadet davon kommen werden. Ich denke, das wäre es wert.

Natürlich gäbe es keine juristischen Bedenken, wenn eine Zweidrittel-Mehrheit des Parlaments (300 Stimmen) erreicht werden würden. Aber in Anbetracht des Umstandes, dass das Land am Rande eines Blutbads steht, muss man sich manchmal auf politische Methoden einlassen. Deswegen ist, meiner Meinung nach, die Idee des Verfassungsakts aufgekommen. Die Verfassungsreform von 2004 war durch das Verfassungsgericht außer Kraft gesetzt worden, was absolut illegal war, und das Parlament hatte sich an dieser Entscheidung nicht beteiligt. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts wurde einfach auf der Internetseite des Parlaments veröffentlicht. Es gab offensichtliche Gesetzesverletzungen. Deswegen entstand die Idee, durch die Zustimmung der Parlamentsmehrheit die alte, illegal außer Kraft gesetzte Verfassung wieder in Kraft zu setzen.

Vielleicht ist dies aus rechtlicher Sicht keine hundertprozentige Lösung, aber unter derartigem Zeitdruck, wo jede Minute zählt, halte ich diese Entscheidung für einen wichtigen Schritt zum Ausstieg aus der Krise und zur Wiederherstellung der Rolle des Parlaments. Der Westen betont immer wieder, dass Janukowytsch durch demokratische Wahlen zum Präsidenten gewählt wurde, wir sollten uns aber auch erinnern, dass er am Anfang über viel weniger Macht verfügte, als er später durch die Rückkehr zur Verfassung von 1996 erhalten hat.

Der zügige Ausstieg aus der Krise verlangt die Bildung einer neuen Regierung, die dem Parlament untergeordnet wird, während die bewaffneten Einheiten wie Militär und Polizei nicht Präsident Janukowytsch, sondern der neu formierten Mehrheit im Parlament unterstellt werden.

Wenn man im Rahmen der aktuellen Verfassung von einer Regierung spricht, ist die Rolle der Opposition

einfach eine Fiktion. Ich weiß, dass im Westen gesagt wird: »Bildet eine Koalitionsregierung.« Es wäre jedoch einer solchen Regierung unmöglich, einen Minister oder seinen Stellvertreter ohne Zustimmung des Präsidenten Janukowytsch zu ernennen. Außerdem besitzt der Präsident die Macht jeden Minister in jeden beliebigen Moment wieder abzusetzen.

Ich möchte erneut betonen, wenn es um grundsätzliche und nicht nur um kosmetische Veränderungen geht, muss eine neue Regierung im Kontext der Rückkehr zur Verfassung von 2004 gebildet werden.

Über den Autor

Olexiy Haran ist Professor für Politikwissenschaft an der Nationalen Universität der Kiew-Mohyla-Akademie.

Die Achillesferse der Ukraine

Von Michael Gonchar, Kiew

Die gescheiterte Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU durch den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch am 29. November 2013 in Vilnius, die Vereinbarung mit Moskau am 17. Dezember 2013 und die Provokation eines Konfliktes mit den Bürgern in der Ukraine unter der Führung des Kremls zerstören Schritt für Schritt auch in der Energiewirtschaft und bezüglich der Energiesicherheit die Fortschritte, die in den letzten Jahren erreicht wurden. Die Herrschenden gaben de facto die Zügel des Regierens in der Ukraine an Russland weiter, welches auf das Szenario eines Anschlusses konzentriert ist. Das System der nationalen Sicherheit der Ukraine funktioniert nicht mehr.

Die übergroße Abhängigkeit der energieintensiven Wirtschaft der Ukraine von Erdgas war immer ihre Achillesferse. Gazprom erzwang im Dezember letzten Jahres, wie bereits früher (2009, 2006 und 2004), die Unterzeichnung einseitig für Gazprom vorteilhafter Bedingungen für Gaslieferungen in die Ukraine – mit sogenanntem billigen Gas zum Preis von 268,50 USD für 1.000 Kubikmeter im Tausch gegen eine zusätzliche Verpflichtung der Regierung immer größere Mengen an Gas zu kaufen. In diesem Zusammenhang wurden die in den Jahren 2011–13 in der Ukraine gestarteten Programme zur Reduzierung des Gasverbrauchs, zum Ersatz von Erdgas und zur Diversifizierung der Erdgasversorgung fast vollständig gestoppt. Dies ist bedauerlich, weil in den letzten Jahren bereits große Fortschritte bei der Reduzierung der politisierten russischen Gaslieferungen erreicht worden waren (s. Tabelle 1 auf der nächsten Seite).

Das Einzige, was Janukowitsch beeinflusst, ist die Kraft des Protestes. Wir haben bereits gesehen, wie er die Europäische Union und die Mission von Cox und Kwaśniewski herausgekickt hat, die mindestens dreißig Mal in die Ukraine gereist war. Er hat sie einfach hereingelegt. Dieser Begriff charakterisiert Janukowitsch. Deswegen kann nicht einmal Europa eine Garantie für die Einhaltung von Vereinbarungen sein. Zwei Kräfte sollten sich zu diesem Zweck vereinen: die Kraft von unten und der Druck des Westens.

Es ist klar, dass die gerade zurückgetretene ukrainische Regierung gezwungen war, Maßnahmen zu ergreifen, um den Gasverbrauch zu reduzieren – aber nicht freiwillig und mit guten Absichten, sondern unter dem Druck der steigenden Gaspreise Gazproms. Nun scheint es, dass diese Maßnahmen keinen Sinn mehr machen, sogar kontraproduktiv sind, da es momentan wichtiger ist, für die erzwungene Zunahme der Gaslieferungen des russischen Monopolisten Gazprom Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Dementsprechend verzichtete die Ukraine auf Gaslieferungen aus Europa, trotz der Möglichkeit die Lieferrichtung der bestehenden Pipelines umzukehren.

Die Großprojekte zur Erschließung von unkonventionellen Schiefergasvorkommen im Rahmen des von der Regierung mit den Unternehmen Shell und Chevron im Jahr 2013 unterzeichneten Abkommens wurden in Frage gestellt. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Projekte und die Erschließung von Erdgasfeldern im Schwarzen Meer könnten nach und nach zur Unabhängigkeit der Ukraine von Energieimporten führen. Die Ukraine könnte zusammen mit Polen, dem Marktführer in Kontinentaleuropa bei der Entwicklung von Schiefergas, im Laufe der Zeit eine Art »Methan-Zone« Europas bilden, was ein schwerer Schlag für die russische Dominanz in der Erdgaswirtschaft in Mittel- und Osteuropa wäre.

Diese Projekte beunruhigten Russland besonders, daher versuchte es diese zum Scheitern zu bringen. Russland setzte dafür die »Grünen« und die pro-russischen Organisationen in der Ukraine ein. Nun setzt Russ-

land die Ukraine erneut offiziell unter Druck, um diese von der Erschließung der Schiefergasvorkommen abzubringen. Zum Beispiel schickte das russische Ministerium für Bodenschätze am 17. Januar 2014 einen Brief an das Ministerium für Umwelt und Bodenschätze der Ukraine, einschließlich einer Analyse von Umwelt Risiken bei der Umsetzung des Projektes zur Förderung des Schiefergases in den ukrainischen Grenzgebieten zu Russland, in dem die ukrainischen Kollegen zu einem gemeinsamen Workshop eingeladen wurden. Und das obwohl Gazprom selbst ein Projekt zur Schieferölförderung in Westsibirien geplant hat und bereits ein Joint Venture mit Shell zu diesem Zweck gegründet hat.

In diesem Sinne können wir sagen, dass Russland durch die Verabschiedung des Moskauer Abkommens vom 17. Dezember 2013 die europäische Ausrichtung der Energieversorgung und Wirtschaft der Ukraine in eine eurasische Ausrichtung geändert hat, wobei nur der Kreml die Spielregeln vorgibt.

Durch die Förderung eines Szenarios der Instabilität, des Chaos und der Desintegration der Ukraine versucht der Kreml, der EU ein letztes Argument zu präsentieren für die Unterstützung des Mega-Projektes »South Stream« und für die Übergabe der Kontrolle über das ukrainische GaspipelineNetz an Gazprom, um die Stabilität der Gaslieferungen aus Russland weiterhin gewährleisten zu können. Diese russische Politik zielt darauf ab, die Ukraine in eine Art »dunkle Zone« Europas zu verwandeln, die die EU dann meiden müsste.

Jetzt, wo die Integrität der Ukraine bedroht wird und die kritische Masse an Probleme durch Stimulation

von außen schnell zunimmt, macht es keinen Sinn über künftige Energieszenarien zu reden. Wenn sich das russische Szenario durchsetzen wird, dann wird der Energiesektor der Ukraine praktisch zum Anhängsel Russlands. Wenn die Ukraine zum europäischen Szenario zurückkehren wird, wird es eine langsame Entwicklung hin zur Europäisierung der ukrainischen Energiewirtschaft geben. Allerdings wird es sehr lange dauern, das gegenseitige Vertrauen zwischen der EU und den ukrainischen Partnern wieder herzustellen. Die EU ist eine tatkräftige Organisation, die Solidarität nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten beweisen kann. In der Zeit nach der Krise sollten neue strategische Schritte unternommen werden, die zur Wiederherstellung und Korrektur der Energie-Agenda in der Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU führen werden.

Allerdings sollte man als Erstes mit vereinten Kräften eine russische Expansion in die Ukraine und andere postsowjetische Länder stoppen. Man sollte eine konsolidierte transatlantische Position finden, die gezielt Einfluss auf Russland ausüben wird. Russland ist in seiner Einstellung zur EU-Politik zu Unrecht davon ausgegangen, dass seine Rolle als Handelspartner für Europa unersetzlich ist, vor allem in Hinblick auf Energieressourcen: Gas, Öl und Kohle. Die EU hätte schon längst Russland das Gegenteil beweisen müsste, vor allem nach dem Einmarsch in Georgien im Jahr 2008, oder während der Erdgaskrise von 2009. Dann hätten die Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und die EU sich sicherer gefühlt.

Über den Autor

Michael Gonchar ist Präsident des Zentrums für Globale Studien »Strategie XXI« und Direktor der Energieprogramme des Zentrums Nomos. Er war ein Berater des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine von 1996 bis 2000.

Tabelle 1: Gastrends in der Ukraine

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Jahresgasverbrauch, bcm	66.798	63.459	50.144	55.923	59.305	54.775	50.358
Jährliche inländische Gasproduktion, bcm	21.104	21.444	21.505	20.521	20.614	20.191	20.998
Nicht-russischer Gasimport, bcm	-	-	-	-	-	0,057 (über Polen)	2,13 (über Polen und Ungarn)
Selbstversorgung, %	31,6	33,8	42,9	36,7	34,8	36,9	41,7

Quelle: Michael Gonchar; in Anlehnung an das Staatliche Komitee für Statistik der Ukraine und das Ministerium für Energie und Kohleindustrie der Ukraine

Aus dem Scheitern lernen – für eine neue Ukraine-Politik Europas

Von André Härtel, Straßburg

Seit der überraschenden Absage der ukrainischen Führung an ein Assoziationsabkommen mit der EU Ende November 2013 steht die EU vor dem Scherbenhaufen ihrer Nachbarschaftspolitik. Statt des gewünschten »Rings« stabiler und demokratischer Staaten sieht sich Brüssel im größten Staat der östlichen Nachbarschaft mit einem eskalierenden Machtkampf zwischen pro-europäischen Demonstranten und einer offen autoritär-repressiven Staatsführung konfrontiert. Schon seit dem Spätsommer 2013, als Russland für Wochen gezielt ukrainische Importe unterband, scheint die EU – und mit ihr die meisten Mitgliedstaaten – zudem nur noch Zuschauer einer von Moskau betriebenen geopolitischen »Neuordnung des postsowjetischen Raumes zu sein. Wie konnte es so weit kommen und welche Konsequenzen gilt es zu ziehen?

Unangenehme Wahrheiten 1 – Ukrainische Außenpolitik

Drei Gründe sind meiner Meinung nach ausschlaggebend für das Versagen der europäischen Nachbarschaftspolitik in der Ukraine. Erstens haben Brüssel und die meisten Mitgliedstaaten über Jahre den Charakter der ukrainischen Führung falsch eingeschätzt. Es handelt sich bei dem von Wiktor Janukowytsch geführten Regime eben nicht um eine zwar »semi-autoritäre«, aber dennoch langfristig reformierbare und am Wohle des Landes orientierte Führung, sondern um ein systematisch den eigenen ökonomischen Interessen dienendes Elitennetzwerk ohne jegliches Verantwortungsgefühl gegenüber der ukrainischen Bevölkerung. Die Blamage der EU in Vilnius ist daher eine direkte Folge des Unverständnisses für das Funktionieren ukrainischer Außenpolitik, die sich lediglich dem Primat der höchstmöglichen Bereicherungs- und Handlungsfreiheit der ukrainischen Politoligarchie unterordnet. Ein kurzer Fingerzeig aus Moskau war demnach auch genug, um der öffentlich beschworenen »*evrointegracija*« wieder einmal den Rücken zu kehren – allem aus Brüssel über Jahre in das Abkommen investierten politischen Kapital zum Trotz.

Unangenehme Wahrheiten 2 – Der geostrategische Faktor

Zudem scheint sich die Außenpolitik der »Zivilmacht« Europa in der Östlichen Partnerschaft jedem geostrategischen Denken verschlossen zu haben. Dabei hätte selbst außenpolitischen Laien seit der Ankündigung Wladimir Putins von 2011, ein eigenes eurasisches Inte-

grationsprojekt voranzutreiben, klar sein müssen, dass Moskau eine Assoziierung der Ukraine mit der EU nicht wehrlos hinnehmen würde. Für einen solchen Fall aber war Brüssel schlecht gewappnet: Während in der auf Konditionalität und Sozialisierung fußenden Außenpolitik klassische Machtmittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen fehlen, gab es unter den Mitgliedstaaten keinen Konsens hinsichtlich der Wertigkeit des Assoziierungsabkommens im Falle russischen Widerstands. Die vor Vilnius oft zu hörende Argumentation, die Östliche Partnerschaft richte sich nicht gegen Russland, ist gegenstandslos. Zum einen existieren weder in der ENP noch in den EU-Russland-Beziehungen irgendwelche Mechanismen oder auch nur Visionen einer gemeinsamen Gestaltung der Nachbarschaft, zum anderen sieht Moskau die ENP nun eben einmal als klares Konkurrenzprojekt zu den eigenen Zielstellungen.

Unangenehme Wahrheiten 3 – Der fehlende Ukraine-Diskurs

Ganz wesentlich ist aber auch, dass in der EU und ihren Mitgliedstaaten auch 23 Jahre nach der ukrainischen Unabhängigkeit kein Konsens hinsichtlich des Platzes der Ukraine im europäischen Projekt existiert. Dabei ist offensichtlich, dass die Zukunft der Ukraine der Schlüssel sowohl für eine zu verhindernde neue Spaltung Europas in einen demokratischen Westen und einen autoritären Osten als auch für die Gestaltungsfähigkeit der europäischen Nachbarschaftspolitik ist. In den großen EU-Staaten überwiegen jedoch Skepsis und Desinteresse. Vor allem für die deutsche Außenpolitik ist dies mehr als peinlich, hat man sich doch gerade in Berlin einem strategischen Diskurs zur Ukraine in den letzten Jahren klar verweigert. Mehr noch, die jahrelange *appeasement*-Politik der Bundesrepublik gegenüber Russland hat die dortige Führung noch ermutigt, im »nahen Ausland« Stärke zu zeigen. Auf dieser Grundlage ist es dann schlechterdings unmöglich, eine Allianz einiger Mitgliedstaaten zu begründen, die eben auch über ökonomische und andere Machtmittel legitime europäische Interessen in Bezug auf Kiew durchsetzen könnte.

Den Moment nutzen – Zu einer neuen Ukraine-Politik im europäischen Mehrebenensystem

Die Konditionalität, also die Kopplung außenpolitischer Anreize an eine innere Demokratisierung, hat die EU in der Ukraine in eine groteske Sackgasse geführt. Wäh-

rend eine Aufwertung der Beziehung letztlich am Kiewer Nein scheiterte und sich die ukrainische Führung nach Moskau orientiert, hat man statt weiteren Reformen nun sogar ein »Belarus«-Szenario zu befürchten. Um diesen Zustand zu ändern, muss Brüssel vor allem dreierlei tun: Erstens sollte die Union strategische und ideelle Interessen dort entkoppeln, wo eine »Politik der Anreize« aufgrund der Natur des Regimes nicht funktionieren kann. Stattdessen sollte man einen echten geostrategischen Diskurs führen, der die Bedeutung der Östlichen Nachbarschaft auch jenseits der Regimefrage klärt. Zweitens muss Brüssel der eigenen Außenpolitik

dringend eine echte machtpolitische Komponente hinzufügen, was vor allem über eine bessere Koordination auf mitgliedstaatlicher Ebene gelingen kann. Beispielsweise ist klar, dass eine Einbindung Kiews nur durch erhebliche europäische Unterstützung bei der Überwindung der strukturellen Abhängigkeit des Landes möglich ist. Drittens sollten v. a. die EU-Organe noch intensiver in die Zivilgesellschaft und die junge Generation in der Ukraine investieren – dies ist der langfristigen Demokratisierung schließlich zuträglicher als das aufwendige Abringen von Reformen, die am Ende doch nicht umgesetzt werden.

Über den Autor

Dr. André Härtel arbeitet derzeit als interner researcher bei einer internationalen Organisation und als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er hat 2011 mit einer Arbeit zur ukrainischen Außenpolitik gegenüber EU und WTO promoviert. Seine Schwerpunkte sind die Innen- und Außenpolitiken von Russland, der Ukraine und Belarus.

Das Schwarze Quadrat des modernen Europas

Von Pavlo Klimkin, Berlin

Seit Dezember 2013 schaut die Welt mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Ukraine. Für viele in der Welt, vor allem in Europa, wird immer deutlicher, dass die Ereignisse in Kiew weit über die Grenzen des innenpolitischen Faktors hinausgegangen sind. Meiner Auffassung nach tragen die Demonstrationen in der Ukraine zur Stärkung des Ansehens der europäischen Idee tatkräftig bei. Über ihre tausendjährige Geschichte hinweg fühlten sich die Ukrainer immer mit Europa verbunden, sahen sich als untrennbaren Teil der großen europäischen Familie. Sie bereicherten die europäischen Errungenschaften mit genialen Leistungen und Erfindungen in Flugindustrie, Medizin, Kunst und anderen Bereichen unseres Lebens.

In meiner Analyse möchte ich auf zwei Erfindungen der Ukrainer zurückgreifen, um die aktuellen Prozesse in der Ukraine zu erörtern.

Im Dezember 1913, fast genau vor 100 Jahren, erschien »Das Schwarze Quadrat« von Kasimir Malewitsch, der bekanntlich nicht nur in Kiew geboren wurde, sondern dort auch seine Herausbildung als Künstler erlebte.

Anfang des 21. Jahrhunderts ist der ukrainische Begriff »Maidan« in den internationalen Sprachgebrauch eingegangen, wobei mit ihm nicht die ursprüngliche Bedeutung »der Platz« gemeint ist; er wird vielmehr mit einem bedeutungsvollen Phänomen assoziiert.

»Das Schwarze Quadrat« gilt als Revolutionspunkt in der Kunst, an dem ein grundlegender Paradigmenwandel erfolgte: Die Energie des Schwarzen Quadrats befand sich nicht mehr in seiner Form, sondern versteckte sich in seiner Tiefe und dem Kontrast.

100 Jahre später erschien in der Ukraine der »Maidan«, welcher zu einem ähnlichen politischen Paradigmenwandel führte: Der Maidan ist ein Begriff für die lebendige Energie der Menschen, der Zivilgesellschaft, welcher in kein zuvor bekanntes politisches Modell passt, denn der Maidan zieht die Politik nach sich, nicht umgekehrt. In diesem Zusammenhang ist es symbolisch, dass gerade das Schwarze Quadrat zu einem Trauersymbol auf Millionen Facebook-Seiten wurde, als auf dem Maidan die Menschen getötet worden waren.

Die Menschen auf dem Maidan haben demonstriert, dass sie die europäischen Werte am Rande ihrer physischen Möglichkeiten und sogar außerhalb dieses Rahmens unterstützen und verteidigen können. Heute stimmen die ukrainischen Politiker ihre Konzeptionen, Strategien und Handlungen nicht nur miteinander, sondern in erster Linie auch mit den Menschen auf dem Maidan ab. Diese direkte – obwohl auch in vielen Aspekten nicht ideale – Art der Demokratie ist eine einmalige große Chance für die Ukraine, aber auch für Europa und sein Wertesystem, zu welchem alle europäischen Staaten einschließlich Russland gehören sollten.

Um diese Chance zu nutzen, müssen wir zusammen neue Grundlagen für Zusammenarbeit und Integration schaffen.

Heute ist es allen endgültig klar geworden, dass die Politik der Östlichen Partnerschaft (wenigstens in der Form, wie wir sie jetzt kennen) keine optimale Grundlage für die Zusammenarbeit der Ukraine und der EU ist. Diese Zusammenarbeit muss inhaltlich und institutionell verstärkt werden. Aus meiner Sicht sind folgende Ansätze von besonderer Bedeutung:

- eine europäische Perspektive der Ukraine, damit wir ein konkretes Ziel bei unserer Annäherung an Europa verfolgen können
- Unterstützung der Systemreformen in der Ukraine
- Visumsfreiheit
- Unterstützung der Zivilgesellschaft

Wir müssen uns von der primitiven Denkweise des »Entweder-oder« in der Außenpolitik trennen, was aber nicht bedeutet, dass wir sie durch ein »Weder-noch«-Modell

ersetzen sollten. Die Außenbeziehungen bringen immer mehr Mehrwert mit sich, und unterschiedliche Bereiche der Außenbeziehungen müssen einander in diesem Mehrwert ergänzen und sich nicht voneinander abtrennen. Wenn unsere Politiker dies nicht schaffen, wird die Zivilgesellschaft wieder eine eigene Lösung anbieten. Aber dann müssten wir die Effizienz des bestehenden Modells in Frage stellen, welches einen Neustart zur Abschaffung der Demokratiedefizite braucht.

P.S. Wenn wir über den Maidan und seinen Einfluss auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des politischen Bewusstseins reden, ist es mir sehr wichtig zu erwähnen, dass nach dem Beginn der Protestaktionen in Kiew noch im vorigen Jahr die ARD eine Umfrage durchführte, wonach 75 % der Deutschen sich zugunsten einer europäischen Perspektive für die Ukraine geäußert haben. Das zeugt davon, dass der Maidan nicht nur die Ukraine geändert hat, sondern auch das Verhalten der Welt zur Ukraine.

Über den Autor

Pavlo Klimkin ist ukrainischer Botschafter in Deutschland. Früher leitete er als Stellvertretender Außenminister die ukrainische Verhandlungsgruppe zur Ausarbeitung des Assoziierungsabkommens der Ukraine und der EU.

Ost-West-Spaltung verfolgt Ukraine erneut

Von Hrant Kostanyan und Dmytro Panchuk, Ghent

Die jüngsten Proteste gegen die Regierung gingen zwar hauptsächlich von West- und Zentralukrainern aus, auch im Osten und Süden haben jedoch einige Menschen ihre Passivität überwunden und sich dem Aufstand angeschlossen. Dennoch kann die Führung des Landes noch genauso wie während der Orangen Revolution der Strategie des »Teile und herrsche« folgen, indem sie die regionalen Brüche in der ukrainischen Wählerschaft nutzt, um die Langlebigkeit des Regimes zu sichern.

Es überrascht nicht, dass die Janukowitsch-Regierung es geschafft hat, gegen fast alle Versammlungen der Opposition – einschließlich der jüngsten Pro-EU- und Anti-Diktatur-Proteste – ihre eigenen »Anti-Proteste« mithilfe ihrer zwar bröckelnden, aber noch immer mächtigen Wählerschaft, hauptsächlich aus dem Osten des Landes, zu organisieren. Die propräsidentielle Partei der Regionen kaufte zwar viele Menschen ein oder zwang sie unter Androhung des Verlusts ihrer Arbeitsplätze, an den Kundgebungen teilzunehmen, einige gingen jedoch auch freiwillig, um die Politik des gegenwärtigen Präsidenten zu unterstützen. Laut Umfragen

des Rasumkow-Zentrums würden selbst nach der Verabschiedung der berüchtigten antidemokratischen Gesetze am 16. Januar 20 Prozent der ukrainischen Bürger (hauptsächlich aus dem Osten) die Diktatur der Demokratie vorziehen (siehe Grafik 3 auf S. 21). Eine andere soziologische Forschungsgruppe aus der Ukraine, »SOCIS«, stellte fest, dass noch etwa 20 Prozent des Landes den gegenwärtigen Präsidenten Janukowitsch unterstützt hätten, wären in der letzten Woche des Jahres 2013 Wahlen abgehalten worden (siehe Grafik 5 auf S. 21). Diese Zahl liegt etwas über den Beliebtheitswerten jedes einzelnen Oppositionskandidaten, sollten sie alle zur Präsidentschaftswahl antreten. Obwohl jeder der potentiellen Oppositionskandidaten Janukowitsch bei der Stichwahl mit großem Abstand besiegen würde, ist die Basis seiner Unterstützer im Osten und Süden doch erheblich.

Dieser Umstand hat mehrere bedeutsame Folgen für die zukünftigen innerukrainischen Entwicklungen. Erstens verschafft er Janukowitsch trotz der heftigen Proteste, die sich in Kiew und zunehmend auch in anderen Regionen erheben, noch immer einige Verhandlungs-

masse. Natürlich sind die Nichtanhörung der Mehrheit des Landes, die auf dem Maidan repräsentiert ist, und der mehrfache Einsatz brutaler Gewalt nicht zu rechtfertigen. Dennoch erlaubt es sein politischer Rückhalt im Osten der Ukraine Janukowitsch immer noch, die Forderungen der Opposition abzulehnen, da sie nicht die Interessen des gesamten Landes repräsentieren. So kann die Führung der Ukraine den Maidan immer noch hinter einem Schleier der Legitimation bekämpfen.

Zweitens können ein kürzlich bei Russland aufgenommenen 15-Milliarden-Dollar-Kredit und ein günstiger Gasvertrag mit Russland mit Janukowitschs Bestreben erklärt werden, seine Wahlunterstützung im Osten zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen 2015 zu sichern. Während der letzten vier Jahre von Janukowitschs Präsidentschaft begann seine Regierung, immer schwerer wiegende Haushaltsdefizite anzuhäufen und die Auslandsschulden zu erhöhen. Das russische Geld soll mit diesen Schulden verrechnet werden und einen Zahlungsausfall des Landes zumindest für den Augenblick abwenden. Nebenbei bemerkt vermuten viele Beobachter in der Ukraine und im Westen, dass Janukowitsch mit Putin einen Deal gemacht hat, der den Beitritt der Ukraine in die von Russland geführte Zollunion einschließt. Die Rhetorik der engeren kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen zu Russland kommt auch Geist und Herzen der östlichen Ukrainer entgegen. Das bedeutet jedoch, dass die Regierung ihre Beliebtheit bei der Wählerschaft schnell verlieren könnte, sollte sie ihre wirtschaftlichen Ziele nicht erreichen.

Last but not least denken russische Medien und Offizielle wie auch einige Anhänger der Partei der Regionen in der Ukraine immer häufiger über die Möglichkeit einer territorialen Teilung der Ukraine aufgrund der politischen Krise nach. Die jüngsten separatistischen Rufe von der Krim und aus einigen ostukrainischen Städten ergänzen dieses Bild. Viele Beobachter glauben, dass es unabsehbare Konsequenzen für die Souveränität des Landes haben könnte, sollten die Parteien

im Fall eines erneuten Ausbruchs der Gewalt nicht zu einem Kompromiss finden. Angesichts der relativ hohen Zahl von Unterstützern für Janukowitschs Politik im Osten, von denen einige dem amtierenden Regime treu ergeben zu sein scheinen, ist dieses pessimistische Szenario ansatzweise bereits der Fall. Entscheiden sich das Team des Präsidenten und die Opposition allerdings für die Suche nach einem Konsens, könnte es noch abgewendet werden.

Infolge interner Uneinigkeiten zwischen ihren Mitgliedstaaten hat die EU ihre Ankündigungen bislang noch nicht in Taten umgesetzt. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist der Überzeugung, dass die angestrebten Sanktionen keinen positiven Effekt haben werden. Die jüngsten Entwicklungen in Kiew führen für die EU-Mitgliedstaaten jedoch zu zusätzlichem Handlungsdruck. Während sie über intelligente Sanktionen nachdenkt, sollte die EU sofort ihre Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die auf dem Maidan und über ihn hinaus für eine demokratische und europäische Ukraine kämpft, verstärken. Angesichts der aktuellen Spekulationen über das Andauern von Russlands Bekenntnis zu dem 15-Milliarden-Dollar-Deal nach einem Rücktritt der Regierung sollte die EU außerdem nach Wegen suchen, um die Ukraine auch in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu unterstützen.

Am Ende des Tages kann es keinen klaren Sieg im Kampf zwischen den proeuropäischen und den prorussischen Regionen der Ukraine geben. Im Zuge der Ausweitung der Demonstrationen über das ganze Land weicht die Ost-West-Spaltung allerdings Schritt für Schritt der Konfrontation des ukrainischen Volks mit seinen Autoritäten. Auch wenn die regionale Spaltung im Hintergrund bestehen bleiben wird, gibt es darüber, dass das Janukowitsch-Regime eine Bedrohung für Freiheit, Reformen und Einheit in der Ukraine ist, einen stärker werdenden Konsens zwischen allen Ukrainern und – in zunehmendem Maß – den westlichen Demokratien.

Über die Autoren

Hrant Kostanyan ist Associate Research Fellow am Centre for European Policy Studies (CEPS, Brussels) im Bereich Auswärtige Politik und Research Fellow des Special Research Fund am Centre for EU Studies an der Universität Ghent. Dmytro Panchuk ist Doktorand am Centre for EU Studies an der Universität Ghent.

Der Euromaidan-Diskurs: Kommunikationskanäle und ideologische Aussagen

Von Volodymyr Kulyk, Kiew

Die derzeitigen Proteste, die Euromaidan genannt werden, unterscheiden sich von den früheren Protestbewegungen in der ukrainischen Gesellschaft, einschließlich der Orangen Revolution, durch viele wichtige Merkmale. Als Diskursanalytiker werde ich mich auf die diskursive Dimension dieser Unterschiede konzentrieren, die einerseits die Kommunikationskanäle der Teilnehmer der Protestbewegung und andererseits die verbreiteten Texte selbst und die in ihnen enthaltenen Ideologien betrifft.

In Bezug auf die Kommunikationskanäle besteht die Besonderheit des Euromaidans in der wichtigen Rolle des Internets insgesamt und der sozialen Netzwerke im Besonderen. Während zum Zeitpunkt der Orangen Revolution nur 15 % der erwachsenen Bevölkerung der Ukraine das Internet nutzten, ist es derzeit bereits die Hälfte und in den großen Städten sind es bis zu zwei Drittel (wenn auch nicht alle das Internet für politische Zwecke nutzen) (s. Grafiken 1 und 2 auf S. 12). Daher können die Machthaber nicht mehr effektiv Informationen über den Protest und seine Wahrnehmung in der ukrainischen Gesellschaft und im Ausland blockieren. Selbst wenn die Fernsehsender genauso wie vor der Orangen Revolution zensiert würden (in den ersten Wochen haben die landesweiten Sender über die Proteste positiv berichtet und auch später haben nicht alle dem Druck der Machthaber nachgegeben), könnten die meisten Teilnehmer der Proteste und ihre Sympathisanten die aktuellen Entwicklungen im Internet verfolgen. Für die Internetnutzer hat sich das Internet so zu einer wichtigen Informationsquelle entwickelt: laut einer Umfrage vom Januar haben sich unter den Internetnutzern 84 % im Internet über die Proteste informiert und 81 % im Fernsehen.

Aber die markanteste Veränderung gegenüber dem Jahr 2004 bezieht sich auf die Rolle der sozialen Netzwerke. Damals existierten diese noch gar nicht, so dass die Koordination der Proteste über Telefon, meistens sogar über das Festnetz erfolgte, da selbst Mobiltelefone noch nicht verbreitet waren. Mittlerweile hat fast jeder ein Handy, aber Facebook hilft Informationen noch schneller zu verbreiten, vor allem, weil es auch auf mobilen Geräten verfügbar ist. Gerade die Verbreitung von Informationen über Facebook spielte eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Kiewer Bürger als Reaktion auf den Versuch der Polizei, am 11. Dezember den Maidan zu räumen. Damals rief das Netzwerk

nicht nur dazu auf, sich auf dem Maidan zu versammeln, sondern gab auch gleich nützliche Hinweise (etwa über Mitfahrgelegenheiten oder über Verkehrsblockaden durch die Polizei). Im Laufe der Proteste wurden viele spezielle Gruppen zur Durchführung konkreter Maßnahmen geschaffen; spezielle Internetseiten berichteten über die aktuellen Bedürfnisse der Demonstranten; über individuelle Seiten und einzelne Themengruppen wurden wichtige Dokumente, Zeugnisse, analytische und künstlerische Texte verbreitet. Obwohl viele Menschen ihre Aktivität auf dem Maidan durch die Aktivität in sozialen Netzwerken ersetzt haben, wurde für viele andere die Aktivität im Internet der Weg zur aktiven Beteiligung auf dem Maidan.

Die Veränderungen in den Aussagen und Ideologien der aktuellen Proteste sind nicht besonders radikal, aber wir können einige wesentliche Unterschiede zum Diskurs der Orangen Revolution feststellen. Zunächst liegt ein Unterschied in der thematischen Ausrichtung, die sich jedoch bereits im Zuge der Proteste erheblich veränderte. Während es den Protestierenden am Anfang viel mehr als im Jahr 2004 um außenpolitische Ziele ging, wie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, trat nach der brutalen Auflösung einer kleinen Demonstration die Frage der Humanisierung des Strafverfolgungssystems und die Demokratisierung des gesamten Machtapparates in den Vordergrund. Mit Bezug auf die geplante Unterzeichnung des umfangreichen und intransparenten Abkommens mit Russland verstärkte sich gleichzeitig die Betonung der Bedrohungen der nationalen Sicherheit und der Souveränität des Landes.

Zweitens war die Orange Revolution im Wesentlichen eine Fortsetzung der Wahlkampagne des Oppositionskandidaten Wiktor Juschtschenko, während die derzeitigen Demonstranten sich wenig für die Gewinnabsichten irgendeiner Oppositionskraft interessieren (ganz abgesehen davon, dass es drei führende Oppositionsvertreter gibt, die sich nicht auf einen einzigen Kandidaten für das Präsidentenamt einigen können). Die derzeitigen Proteste zielen nicht auf die Absetzung einzelner Politiker, sondern auf eine Änderung des ganzen Systems. Das Fehlen eines gemeinsamen Koordinationszentrums der Proteste spiegelt sich in der Vielzahl der Botschaften wider, die auch durch die Demokratisierung der Kommunikationskanäle gefördert wird. Obwohl der Zugang zur Bühne auf dem Maidan durch das Manage-

ment der Oppositionsparteien überwacht wird, können mehrere Organisationen, die ihre eigenen Ansichten zur Lage haben, diese nicht nur auf Pressekonferenzen oder durch die Verteilung von Flugblättern, sondern auch in sozialen Netzwerken äußern, wodurch erheblicher Druck auf die Oppositionsführer ausgeübt wird.

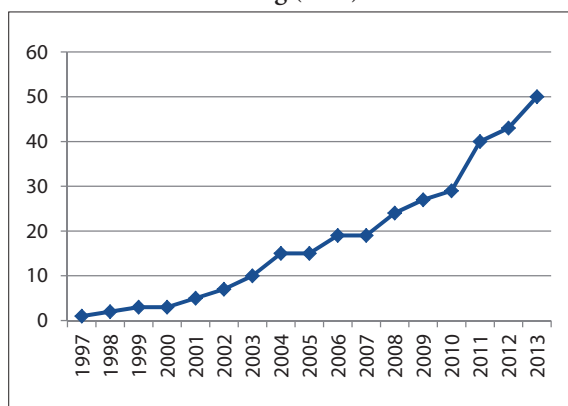
Zwei weitere wichtige Unterschiede beziehen sich auf die Haltung zum ukrainischen Nationalismus und zu Gewalt. Entgegen der Behauptungen einiger westlicher Kommentatoren stellen radikale Nationalisten nicht die Mehrheit in der Protestbewegung und haben keinen entscheidenden Einfluss auf sie. Den Eindruck, dass es einen solchen Einfluss gibt, haben die großen und spektakulären Aktionen der Partei »Swoboda« hinterlassen, unter anderem der Sturz des Lenin-Denkmal in Kiew, ein Fackelzug durch das Zentrum der Hauptstadt am Jubiläumstag von Stepan Bandera und das Skandieren der alten Parolen der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN). Aber die meisten der Demonstranten unterstützen diese Aktionen und Parolen nicht, obwohl sie sich leider nicht klar von diesen distanzieren. Die einzige erfolgreiche Parole der OUN ist »Ruhm der Ukraine! Ruhm dem Helden!«, in der die Demonstranten jedoch nicht die Verherrlichung von nationalistischen Terroristen der Zwischenkriegszeit sehen, sondern die Würdigung aller Helden des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine und für ein besseres Leben der Ukrainer, unter ihnen auch die Helden des Maidans.

Obwohl die Demonstranten die Proteste zuerst als friedliche Veranstaltung sahen, wurde der Übergang der radikalen Teilnehmer zu Gewalt in Reaktion auf staatliche Repressionen von vielen anderen Demonstranten positiv angenommen, auch wenn sie sich nicht an gewalttätigen Aktionen beteiligt haben. Gerade die Beteiligten an gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Hruschewskij-Straße, vor allem diejenigen, die starben oder verhaftet wurden, wurden zu Helden für die Mehrheit der Demonstranten. Die verstärkte Bereitschaft zur Gewalt und die Rechtfertigung von Gewalt als einzigem Weg, um die Machthaber zur Akzeptanz der Forderungen der Bürger zu zwingen, kann als eine große psychologische und diskursive Veränderung im oppositionell gesinnten Teil der ukrainischen Gesellschaft betrachtet werden. Wenn die aktuelle politische Krise nicht im Parlament oder am Verhandlungstisch gelöst werden kann, wird diese Änderung für eine weitere Radikalisierung des Widerstands gegen das repressive Regime sorgen.

Über den Autor

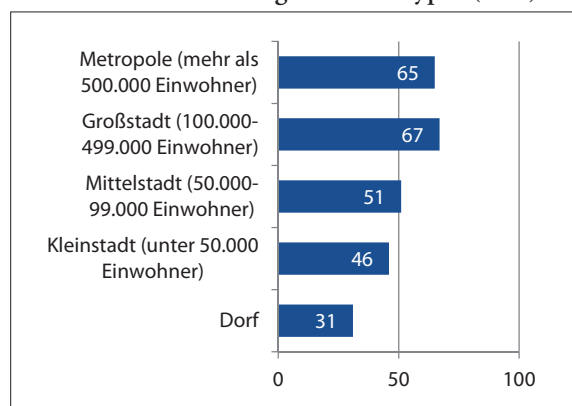
Volodymyr Kulyk ist Doktor der Politikwissenschaft und Senior Researcher am Institut für Politische und Ethnische Studien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Er ist Autor von drei Büchern und über 60 Aufsätzen in ukrainischen und westlichen Publikationen zu den Themen Sprachenpolitik und Mediendiskurs, Nationalitätenpolitik und der Politik der Erinnerung in der postsowjetischen Ukraine.

Grafik 1: Anteil der Internetnutzer an der Bevölkerung (in %)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) in den Jahren 1997–2013, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=199&page=2>>

Grafik 2: Anteil der Internetnutzer an der Bevölkerung nach Stadttypen (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 13. bis 23. September 2013, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=199&page=2>>

Die Dilemmata der westlichen Analyse des Euromaidans

Von David Marples, Edmonton

Nach der gescheiterten Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union durch die ukrainische Regierung im letzten November wurde die Welt Zeuge der Euromaidan genannten Proteste. In Erinnerung an die Orangene Revolution wuchs die Menge schnell an, zu ihrem Höhepunkt auf mehrere Hunderttausend Protestierende. Die westlichen Medien beschrieben den Protest als ein Streben der jungen Ukrainer/innen nach Demokratie und einem europäischen Weg.

Als Beobachter aus der Ferne beobachtete ich, wie ich beim Betrachten eines Livestreams von einer Konfrontation zwischen dem Sondereinsatzkommando Berkut und den auf dem Platz Demonstrierenden innerlich jubelte, als erstere es nicht schafften, die Barrikaden zu durchbrechen. Etliche Faktoren sind im Zusammenhang mit der westlichen Berichterstattung vom Euromaidan jedoch irritierend.

Der erste ist die offene und unkritische Unterstützung des staatsbürgerlichen Aufstands in den westlichen Medien und Sozialen Netzwerken. Auf Facebook und Twitter verzichteten Berichte aus Quellen wie der *Ukrains'ka Pravda* gleich ganz auf jeden Anschein von Objektivität. Per E-Mail und über Soziale Medien wurde ich aufgefordert, Petitionen zur Unterstützung der Protestierenden zu unterzeichnen. Kurz gesagt waren die westlichen Berichtersteller eher Unterstützer und Anwälte als kritische Beobachter.

Ein zweiter kritischer Punkt ist das Einsickern extremistischer Elemente in die Proteste. Symbolisiert wird dieser Vorgang durch das riesige Stepan-Bandera-Porträt, das zusammen mit dem Slogan »Hauptquartiere der Revolution« am Kiewer Rathaus angebracht wurde. Es entspricht einer Parade, die am 1. Januar 2014 stattfand, dem Geburtstag des früheren Führers eines Arms der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), deren Einstellungen meilenweit von den Prinzipien der Brüsseler Eurokraten entfernt sind. Wann immer sich die Demonstrierenden massenhaft zusammenfinden, wird prominent die rotschwarze Fahne der OUN gezeigt.

Der dritte Faktor betrifft die Ziele der Protestierenden. Aus dem Westen betrachtet war nie ganz klar, welche das waren – jenseits des Wunschs, Teil von »Europa« zu sein und, in letzter Zeit, die momentane Regierung abzusetzen. Dieser Punkt hat mit dem ersten zu tun, denn er führt zur Frage nach der Zusammensetzung der stattdessen einzusetzenden Regierung, wenn diese eine nennenswerte Repräsentanz politischer Parteien wie Swoboda zu berücksichtigen hätte. Die moderateren

Parteien der Ukraine und ihre Vorsitzenden haben sich von den radikalen Extremisten nie distanziert. Diese Ambivalenz hat die Regierung bereits ausgenutzt, als sie am 16. Januar Änderungen am Strafgesetzbuch verabschiedete, die die öffentliche Leugnung der Verbrechen des Faschismus unter Strafe stellen.

Viertens ist zugegebenermaßen auch umgekehrt klar, dass das Janukowytsch-Regime korrupt und brutal ist und mitunter ohne zu zögern auch mit Gewalt gegen friedliche Protestierende vorzugehen. In den letzten Jahren hat es gezeigt, dass es bereit ist, Gerichte zu untergraben, Feinde zu schlagen, Freunde reichzumachen und, allgemein, sich an den Ressourcen des Landes zu bedienen, das es regieren sollte. Vor diesem Hintergrund machen die Proteste zweifellos Sinn. Doch sollten wir im Westen den gewaltsamen Wechsel eines gewählten Präsidenten unterstützen?

Fünftens wurden während der Proteste Meinungsumfragen in Umlauf gebracht, nach denen sich die Unterstützung des Euromaidans und die Opposition gegen ihn in etwa die Waage halten (40 bis 50 Prozent sind dafür und etwa 40 Prozent dagegen) (siehe Ukraine-Analysen Nr. 126). Ungeachtet der russischen Intervention und Wladimir Putins durchzieht die Ukraine selbst ein tiefer Graben. Die westlichen Medien sprechen mit jenen auf der anderen Seite dieses Grabens jedoch kaum. Zu behaupten, die meisten von ihnen wären Unterstützer der Regionen oder Kommunisten, ist allzu einfach.

Es lohnt sich zu fragen, ob es so etwas wie einen durchschnittlichen Ukrainer oder eine durchschnittliche Ukrainerin gibt und ob diese Person, so es sie denn gibt, wohl das Kaleidoskop verstehen kann, durch das westliche Analysten die Ukraine beobachten? Es wäre, meine ich, naiv zu glauben, dass diese imaginäre Figur fest hinter den Verteidigern der Barrikaden oder dem korrupten Regime stehen würde, und man kann ziemlich sicher sein, dass er oder sie sich entweder einen gesunden Abstand von den ukrainischen Oligarchen oder von den Moskauer Machenschaften wünscht. Ähnliche Anliegen würde vermutlich das Bandera-Porträt hervorrufen.

Bedauerlicherweise scheint die Zeit der objektiven Berichterstattung, soweit es eine solche geben kann, vorbei zu sein. An ihre Stelle sind allzu simple Beschwörungen getreten, entweder der Tugenden der europäischen Demokratie oder der Gefahren des russischen Autoritarismus, illustriert durch den bösen Präsidenten (Wladimir Putin), die blutig geschlagene Journalistin (Tatjana Chornowol) oder den Oppositionsführer (Jurij

Luzenko). Indem sie solche Haltungen einnehmen, führen westliche Beobachter ihre eigenen Meinungen als

am besten für das ukrainische Volk ein. Doch wer sind wir, dass wir urteilen?

Über den Autor

David R. Marples ist Distinguished University Professor am Department of History and Classics der Universität von Alberta in Kanada und Direktor des Stasiuk-Programms zur Ukraine der Gegenwart am Canadian Institute of Ukrainian Studies.

Quo vadis Ukraine? Gesellschaftlicher Wandel versus erstarrtes Regime

Von Stefan Meister, Berlin

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine spiegeln einen Paradigmenwechsel in den post-sowjetischen Staaten wider: Wir beobachten eine wachsende Entfremdung zwischen Gesellschaft und Machtapparat, bei der der progressive Teil der Gesellschaft die Entscheidungen der Führung immer weniger akzeptiert und sich aufgrund ökonomischer und politischer Defizite der Politik zunehmend politisiert sind. Diese Spaltung bestand auch in der Vergangenheit, jedoch verschärft der gesellschaftliche Wandel diese Konflikte. Dem gegenüber steht ein politisches Regime und Wiktor Janukowytsch ist hier ein Musterbeispiel. Er hat keine neuen Ideen für das Land, ist hoch korrupt, denkt extrem kurzfristig und lehnt jegliche fundamentalen Reformen ab, da sie sein Macht- und Privilegiensystem in Gefahr bringen könnten.

Die Ukraine ist im Sinne eines gesellschaftlichen Wandels das progressivste Land im post-sowjetischen Raum mit der am weitesten entwickelten Zivilgesellschaft (siehe Ukraine-Analysen Nr. 114, 94). Trotz des Scheiterns der Orangen Koalition hat diese Phase der ukrainischen Politik die Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft beschleunigt und so führt der Versuch durch die Regierung, Medien-, Demonstrations- und Meinungsfreiheiten zu beschneiden, zu massiven Widerständen in der Bevölkerung. Gewalt gegen die Bevölkerung wird von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Was wir in der Ukraine auch beobachten, ist ein Generationenkonflikt. Die Demonstrationen gegen die Weigerung von Präsident Janukowytsch, das Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben, wurden vor allem von einer proeuropäischen jungen Generation begonnen. Dieser Teil der Gesellschaft verfügt mit dem Internet über alternative Informationsressourcen sowie durch neue Medien über verbesserte Instrumente zur Selbstorganisation. Sicher sind die Bewertungen in Bezug auf das Verhältnis zu EU

und Russland in der West- und der Ostukraine weiterhin unterschiedlich. Jedoch wächst in der gesamten Ukraine eine junge Generation heran, die sich nicht mehr so leicht in das Paradigma pro-russisch versus pro-EU einordnen lässt. Ebenso lehnt eine Bevölkerungsmehrheit in beiden Landesteilen eine Spaltung des Landes kategorisch ab.

Die ukrainische Opposition wird von großen Teilen der Bevölkerung skeptisch betrachtet, ist sie doch auch Teil des Systems und hat immer wieder bewiesen, dass sie am staatlichen Privilegiensystem teilnehmen möchte und sich kooptieren lässt. Die drei Oppositionsführer Jazenjuk, Klitschko und Tjahnibok sind Getriebene der Straße und haben immer wieder die Kontrolle über die Demonstrationen verloren. Ihre Radikalisierung ist vor allem eine Radikalisierung durch die Straße. Die Uneinigkeit der Oppositionsführer wird im Moment durch die Ablehnung von Präsident Janukowytsch überdeckt, sollte er aber zurücktreten, könnte ein neuer Machtkampf zwischen ihnen ausbrechen.

Eine entscheidende Frage ist, ob aus den Demonstrationen tatsächliche Strukturen und Führer hervorgehen, die den Protest institutionalisieren können. Es ist eine sehr diffuse Bewegung, die sich vor allem aus der Ablehnung von Janukowytsch und dessen Provokationen zur Gewalt und der Einschränkung von Freiheiten speist. Witalij Klitschko scheint sich von den etablierten Oppositionsführern im Moment am stärksten zu profilieren (s. Grafik 5 auf S. 21), er ist als Politiker noch relativ unverbraucht, aber auch unerfahren. Jedoch werden seine Rolle und sein Einfluss im Ausland überschätzt und ist es noch offen, ob und auf welchen Kandidaten sich die Opposition einigen kann.

Das Fehlen von Reformen durch die ukrainische Führung macht die Ukraine so abhängig von Russland. Auch wenn es in den letzten Jahren erste Diskussionen über neue Energiequellen gegeben hat, so ist doch viel zu wenig getan worden, um unabhängiger von russi-

schen Gaslieferungen zu werden und verstärkt in Energieeffizienz zu investieren. Die ökonomischen Interessen von Wirtschaftsakteuren werden bisher noch sehr gut mit dem bestehenden System bedient. Ebenso fehlt es an Anreizen für Auslandsinvestitionen und um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Ukraine ist mit Platz 144 von 177 Staaten im Ranking von Transparency International eines der korruptesten Länder der Welt. Damit Geld in dieses Land investiert wird, muss es harte Regeln und Sanktionsmechanismen geben. Es ist ein Strukturwandel notwendig, der langwierig und schmerzhaft sein wird und verantwortungsvolle Politiker ebenso benötigt wie funktionsfähige gesellschaftliche Kontrolle. Der 15-Mrd.-Dollar-Kredit aus Russland und niedrigere Gaspreise verzögern nur die notwendigen Reformen und verschärfen die ökonomische Krise. Jeder, der bei regulären Wahlen 2015 oder auch bei vorgezogenen Neuwahlen Präsident werden sollte, wird mit enormen Schulden kämpfen.

Über den Autor

Dr. Stefan Meister ist Senior Policy Fellow im Berliner Büro des European Council on Foreign Relations. Er arbeitet zu russischer Außen- und Sicherheitspolitik und den Staaten der Östlichen Partnerschaft.

Janukowytschs brüchige Säulen der Macht. Das kritische Potential der Wirtschaftskräfte EU und USA

Von Inna Melnykovska, Berlin/Gießen

Wann würde das Regime Wiktor Janukowytschs fallen? Die jüngere Autokratieforschung belegt, dass moderne Autokratien, zu denen auch das Regime Janukowytschs gezählt wird, ihre Herrschaftssysteme auf drei Säulen – Repression, Legitimation und Kooptation – aufbauen. Werden zumindest zwei von diesen Säulen in Momenten der Protestbewegungen destabilisiert, fällt das Regime zusammen.

Von diesen drei Säulen scheint Janukowytsch vor allem auf Repressionen zu setzen. Bereits im ersten Jahr nach seinem Eintritt ins Präsidentschaftsamt nahmen die Verstöße gegen Meinungs- und Pressefreiheit so zu (siehe Ukraine-Analysen Nr. 88), dass die Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« das Land 2010 von Platz 89 auf Platz 131 herabstufte. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 wurden (abgesehen von den Wahlunregelmäßigkeiten) Dutzende Überfälle auf Journalisten gemeldet. Seit dem Ausbruch der Euromaidan-Proteste Ende November 2013 nehmen die Intensität und die Dreistigkeit der Repressionen zu. Seitdem wurden fünf Demonstranten getötet, 36 sind vermisst,

Die deutsche und die europäische Politik sollten sich breiter mit dem gesellschaftlichen Wandel in der Ukraine beschäftigen und Plattformen für einen Dialog mit Wirtschaftsvertretern (kleineren und mittleren Unternehmen ebenso wie Oligarchen), alternativen Eliten und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aufbauen. EU-Mitgliedsstaaten sollten mehr in die Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Netzwerke in der Ukraine investieren, da Wandel nur aus der Gesellschaft kommen kann. Einerseits sollte unter den aktuellen Umständen Druck auf den ukrainischen Präsidenten ausgeübt werden und andererseits sollten führende Vertreter aus für die Ostpolitik relevanten Mitgliedsstaaten zwischen Führung und Demonstranten vermitteln und mit verschiedenen Interessengruppen in der Ukraine sprechen.

116 bleiben in Haft und Hunderte wurden geschlagen (Stand 03.02.2014). Dabei scheut das Regime sich nicht, auch Mittel jenseits der Legalität einzusetzen: Die verletzten Demonstranten wurden aus Krankenhäusern entführt und gefoltert; »titushki«-Söldner wurden als Schlägertrupps gegen die Protestierenden und deren Autos eingesetzt und von der Polizei gedeckt. Auch nachdem die »Diktaturgesetze« vom 16. Januar zurückgenommen wurden, finden Verhaftungen, insbesondere in den Regionen, statt. Das Amnestiegesetz, das von der pro-präsidentiellen Parlamentsmehrheit verabschiedet wurde, gleicht eher einer Geiselnahme, weil die Amnestierung (nicht die Rehabilitation!) der regierungskritischen festgenommenen Protestierenden an die Räumung von besetzten Straßen und Regierungsgebäuden geknüpft wird.

Vorerst scheint Janukowytsch weiter an den Repressionen festhalten zu wollen. Gegen die oppositionelle Partei »Batkivschyna« (Vaterland) ermittelt der Inlandsgeheimdienst SBU wegen »versuchter Machtergreifung«. Laut des Budgets für 2014 soll der Etat des Innenministeriums verdoppelt werden. Man spricht von einer

Verfünffachung der Spezialeinheit Berkut, die gegen Demonstranten eingesetzt wird, auf 30.000. Titushki-Söldner sollen als Bürgerwehr (wie dies z. B. in Dnipropetrowsk bereits vorgemacht wurde) legalisiert werden. Zunehmende Repressionen bergen jedoch Gefahren. Die gewaltigen Auseinandersetzungen der Staatsmacht mit den Protestierenden in den vergangenen Monaten mobilisierten die Bevölkerung gegen die Regierung (anstatt sie abzuschrecken) und führten zu Legitimationsverlusten im Inneren des Landes wie auch in der internationalen Gemeinschaft.

Die Legitimationssäule ist jedoch bereits jetzt ins Schwanken geraten. Die schrumpfende Zustimmung für Janukowytsch und seine Partei der Regionen wurde bei den Parlamentswahlen 2012 deutlich. Nach Parteilisten verlor die Partei der Regionen die Wahlen; nur mit Hilfe von direkten Mandaten konnte die pro-präsidentielle Mehrheit gebildet werden (siehe Ukraine-Analysen Nr. 109). Im Dezember 2013 zeigten die Umfragen des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (SOCIS), dass Janukowytsch in einer potentiellen Stichwahl gegen jeden der oppositionellen Politiker (außer Oleh Tjahnibok von der nationalistischen Partei »Swoboda«) verlieren würde (siehe Grafiken 6–9, S. 22–23). Für den oppositionellen Witalij Klitschko würde man – vor allem die jungen Menschen – auch im Osten stimmen. Die Euromaidan-Proteste sind längst überregional. Laut den Umfragen, die die Stiftung »Demokratische Initiativen« und das Kiewer Internationale Institut für Soziologie gemeinsam durchführen, kommen im Januar 2014 88 % der Langzeitdemonstrierenden auf dem Maidan nicht aus Kiew: 55 % kommen aus den westlichen Regionen, 24 % aus den zentralen und 21 % aus dem Osten und Süden (siehe Grafiken 1 und 2 auf S. 20). Die Proteste, die sich insbesondere nach den »Diktaturgesetzen« gegen die regionalen Administrationen der Exekutive ausweiteten, dauern im östlichen Charkiw, in Dnipropetrowsk und Saporischja trotz des massiven Drucks der Behörden und ungeachtet der Polizei- und Titushki-Einsätze an.

Das Regime versucht zwar, seine Legitimation zu stärken, indem es die Proteste als rechtsradikale und Nazi-Ausschreitungen, die aus den westlichen Regionen kommen und vom Westen angestiftet werden, bezeichnet. Dieser Diskurs bekommt visuelle Unterstützung: Die staatlichen Angestellten aus den östlichen und südlichen Regionen wurden unter Zwang und mit Zahlungsverprechungen zu Pro-Regierungsdemonstrationen, sogenannten »Antimaidans«, mobilisiert. Diese Versuche, den Konflikt zwischen dem Regime und der Bevölkerung in einen Konflikt zwischen West- und Ostukraine zu überführen, sind bis jetzt nicht besonders erfolgreich. Es ist unwahrscheinlich, dass die Einberufung der Nationalen Front durch die regionalen Behörden

in Charkiw, die »die Befreiung der Ukraine von Okkupanten [Regimegegnern]« zu ihrem Ziel erklärte, sowie die Ankündigungen einiger Mitglieder der Partei der Regionen, man wolle die Ukraine in einer Föderation reformieren, das Legitimationstief des Regimes Janukowytschs umkehren.

Der Kooptationssäule kann daher eine kritische Rolle fürs Überleben des Regimes Janukowytsch zugeschrieben werden. Während seiner Präsidentschaft hat Janukowytsch eine Reihe von Klientilismus-Schemata aufgebaut. Die Oligarchen konnten ihre Monopolstellungen in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren festigen (siehe Ukraine-Analysen Nr. 112) und bei staatlichen Aufträgen (z. B. im Laufe der Vorbereitungen für die Europameisterschaft 2012) gut verdienen. Ihren Vertrauten wurden Sitze im Parlament und Posten in den Regierungsstrukturen zugeteilt, so dass eine Balance zwischen den oligarchischen Gruppen gesichert wurde. Die regionalen Funktionäre in der Partei der Regionen, die direkte Mandate (meist aus dem Osten und dem Süden) besitzen, wurden mit Finanzströmen aus dem Staatsbudget bedient.

Jedoch zeigt die Kooptationssäule bereits erste Risse. Das Budget für 2014 enthält zwar die Klientilismusschemata. Die missliche Finanzlage des Staatsbudgets (auch inklusive der versprochenen Kredite aus Russland) stellt die Implementierung der vorgesehenen Finanzströme dennoch in Frage. Die oligarchischen Gruppen besitzen längst Einzelhandelsniederlassungen und Produktionsbetriebe in den westlichen Regionen der Ukraine, die bereits jetzt unter dem Boykott der dortigen Bevölkerung leiden. Auch wenn die EU und die USA Sanktionen nur in Erwägung ziehen, hat die »unsichtbare Hand« des Marktes bereits eingegriffen. Die internationalen Rating-Agenturen haben die Kreditwürdigkeit der Ukraine und der oligarchischen Banken aufgrund der politischen Instabilität herabgestuft. Infolgedessen dürften Achmetow und Firtasch-Gruppen laut journalistischer Berichte Schwierigkeiten mit Krediten bei westlichen Banken haben. Bis zu 2 Mrd. Hrywnja Verluste hat die ukrainische Wirtschaft nach Einschätzungen der Experten aufgrund der Wechselkursschwankungen erlitten. Bei anhaltenden Protesten oder gar einer Eskalation des Konfliktes würden die Oligarchen noch mehr verlieren.

Nicht überraschend ist daher, dass Präsident Janukowytsch am 29. Januar 2014 persönlich ins Parlament eilen musste, um den Abgeordneten seiner Partei die Kompromissbereitschaft gegenüber der Opposition beim Amnestiegesetz »auszureden«. Das Austreten einiger (wenn auch noch einzelner) Abgeordneter aus der Partei der Regionen sowie die öffentlichen Stellungnahmen der Oligarchen, die etwa 80 (von 204) Abgeord-

nete in der Fraktion der Partei der Regionen kontrollieren, zu einer Befürwortung des Kompromisses zwischen der Regierung und der Opposition könnten darauf deuten, dass die Kooptationssäule kurz vor dem Zusammenbruch steht. Der Rücktritt der Regierung Asarows, die Auswechslung des Leiters der präsidentiellen Administration und die daraus de facto folgende Monopolisierung der Exekutive durch die einzige oligarchische Gruppe des Präsidenten, seine so genannte »Familie«, könnte den Oligarchen neue Gefahren anzeigen. Die Kooptationssäule wird damit weiter destabilisiert.

Die EU und die USA können der Kooptationssäule den entscheidenden Stoß verpassen. Abseits der Sanktionen, die als umsetzungstechnisch kompliziert und wenig effektiv betrachtet werden, verfügen beide über

Finanzmechanismen zur Geldwäschebekämpfung (wie FATF-Regulierungen und EU-Direktiven bezüglich der politisch exponierten Personen), die die fraglichen Finanzströme der Regimeunterstützer einzufrieren und Klientilismus-Praktiken zu erschweren vermögen. Auch ein »Marshall-Plan« des Westens, der der Ukraine die Anpassung an die EU-Standards finanziell erleichtern und ihr Rückendeckung bei den »Schutzmaßnahmen« Russlands geben würde, könnte hilfreich sein. Eine internationale Beobachtermission des Westens könnte die Pläne Janukowytschs zur Stärkung der Repressionen und zur Anstiftung der Konflikte zwischen den ukrainischen Ost- und Westregionen erschweren bzw. zunichte machen.

Über die Autorin

Inna Melnykovska promoviert am Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Zwischen Chaos und autoritärer Machtsicherung

Von Heiko Pleines, Bremen

Für ein Verständnis der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine ist eine Betrachtung der Strategien der beteiligten politischen Kräfte zentral.

Autoritäre Machtsicherung

Auf der einen Seite steht der Präsident Viktor Janukowytsch, der aufgrund seiner geringen Popularität kaum eine Chance hat, die im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen auf freie und faire Weise zu gewinnen, da er in Wahlumfragen nie über 30% liegt. In der Stichwahl würde er einem Kandidaten der Opposition wahrscheinlich unterliegen.

Da gegen Janukowytsch und seine Familie vielfältige Korruptionsvorwürfe im Raum stehen und während seiner Präsidentschaft politische Gegner mit Hilfe von Staatsanwälten und Richtern bekämpft wurden, versucht er bereits seit seinem Amtsbeginn offensichtlich, seine Macht auf autoritäre Weise zu sichern. Dazu gehören Manipulationen von Wahlsystem und Wahlprozessen (siehe etwa Ukraine-Analysen Nr. 82, 99 und 109), politische Kontrolle über Gerichte und damit verbunden Strafverfolgung unliebsamer Politiker (siehe Ukraine-Analysen Nr. 96 und 100) sowie mit Hilfe einflussreicher Unternehmer, sogenannter Oligarchen, Kontrolle über Massenmedien und »Einwerbung« von fraktionslosen Parlamentsabgeordneten (siehe Ukraine-Analysen Nr. 109).

Außenpolitische Implikationen

Wenn autoritäre Machtsicherung eine wichtige Rückfalloption für Janukowytsch ist, dann ist auch offensichtlich, dass er die Forderungen der EU vor dem Gipfel von Vilnius nicht akzeptieren wollte, da sie sich nicht nur auf die Freilassung von Timoschenko, sondern breiter auf demokratische Standards bezogen. Wenn die EU wiederum ihre Forderungen ernst meint, müsste sie schlicht erklären, dass das Abkommen mit der Ukraine weiter auf Eis liegt, solange zentrale politische Bedingungen nicht erfüllt sind. Für die EU bedeutet das, dass sie im Zweifelsfall akzeptieren muss, die Ukraine genau wie Belarus zu »verlieren«, wenn sie ihre Forderungen nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ernst meint.

Für Janukowytsch wiederum sind finanzielle Hilfe und wirtschaftliche Kooperation zentral, um Staatsbankrott und Wirtschaftskrise zu vermeiden. Wenn EU und IWF hierfür nicht zur Verfügung stehen, bleibt als Alternative nur Russland. Russische Hilfe ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Beitritt zur von Russland angestrebten Wirtschaftsunion. Es ist vielmehr eine Konstante der ukrainischen Außenpolitik, eine zu enge Bindung zu vermeiden, um erstens die EU und Russland gegeneinander ausspielen zu können und zweitens die eigene Wirtschaft vor einem Ausverkauf an russische Oligarchen zu bewahren.

Begrenzte Legitimation der Opposition

Die spontanen Proteste seit der Absage Janukowytschs an die EU zeigen erneut die mangelnde Popularität des ukrainischen Präsidenten. Der politischen Opposition, vertreten durch Arsenij Jazenjuk, Witalij Klitschko und Oleh Tjahnibok, ist es jedoch nur begrenzt gelungen, davon zu profitieren.

Die Opposition hat vielmehr drei zentrale Legitimationsprobleme. Erstens werden ihre inhaltlichen Positionen nur von etwa der Hälfte der Bevölkerung unterstützt. Meinungsumfragen zeigen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, dass jeweils 30 % bis 40 % der ukrainischen Bevölkerung für eine EU-Integration und etwa genauso viele für eine Integration mit Russland sind. Zum Amtsantritt von Janukowytsch im Jahre 2010 lag die Zustimmung zur Integration mit Russland kurzfristig sogar bei über 50 % (siehe Ukraine-Analysen Nr. 121). Weder die Position von Janukowytsch noch die der Opposition ist also diesbezüglich wirklich mehrheitsfähig. Dementsprechend wurden auch die Proteste des Euromaidan im letzten Dezember, also vor der gewalttätigen Eskalation, nur von ziemlich genau der Hälfte der ukrainischen Bevölkerung unterstützt (siehe Ukraine-Analysen Nr. 126).

Zweitens hat die Opposition ein Problem, die logische Verbindung zwischen dem ursprünglichen Anlass der Proteste, nämlich der Ablehnung des Abkommens mit der EU, und ihrer Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten zu schaffen. Eine politische Entscheidung, wie auch die zur Ablehnung des Abkommens mit der EU, kann Anlass für Demonstrationen sein. In einer Demokratie müssen Politiker aber nicht zurücktreten, wenn ein Teil der Bevölkerung mit einzelnen Entscheidungen nicht zufrieden ist. Das Misstrauensvotum der Opposition ist im ukrainischen Parlament gescheitert. Bisher haben sich in Osteuropa alle erfolgreichen Proteste zur Absetzung von Präsidenten auf gefälschte Wahlen bezogen. Hier führt eine Korrektur des Problems zum Machtwechsel. Der logische Ansatzpunkt für Proteste der Opposition wäre damit die Präsidentenwahl im nächsten Jahr.

Drittens ist die Opposition keine geschlossene Gruppe. Die drei oben genannten Repräsentanten der Protestierenden gehören in politischen Verhandlungen verschiedenen politischen Lagern an und haben offensichtlich nur begrenzten Einfluss auf die Protestierenden. Insbesondere Hooligans und Rechtsradikale sind immer wieder mitverantwortlich für Eskalationen. Sollte die Opposition ihre Forderung nach vorgezogenen Präsi-

dentschaftswahlen durchsetzen können, stände sie deshalb gleich vor dem nächsten Problem. Welcher Kandidat würde die Opposition vertreten? Und für welche Politik würde er stehen? Zum Beispiel sollte Tjahnibok mit seinen rechtsradikalen Parolen für die EU ebenfalls ein rotes Tuch sein.

Die Strategie von Janukowytsch

Angesichts dieser Schwächen der Opposition hat Janukowytsch offensichtlich beschlossen, die Proteste auszusitzen. Durch seine Hinhaltenaktik kann er warten, bis die Demonstrationen kleiner werden. Indem er die Protestierenden als radikale Randalierer darstellt, kann er vorsichtige Bürger von einer Teilnahme abschrecken und westliche Sanktionen verhindern. Durch eigene Kompromissangebote kann er dem eigenen Lager zeigen, dass die Eskalation nicht seine Schuld ist.

Dabei haben seine Angebote bisher nie eine tatsächliche Einschränkung seiner Macht bedeutet. Selbst die Übergabe der Regierung an die Opposition wäre eher symbolisch, da die Regierung (je nach Version der Verfassung) entweder vom Präsidenten oder vom Parlament abhängig ist und damit jederzeit wieder entlassen werden kann. Gleichzeitig hat Janukowytsch auch keine Schritte unternommen, um der ursprünglichen Kernforderung der Proteste nachzukommen und seine ablehnende Haltung gegenüber der EU zu ändern.

Ausblick

Der Erfolg von Janukowytsch hängt zentral davon ab, ob er die Geschlossenheit seines Lagers sichern kann. Sowohl die Oligarchen als auch viele Regionen könnten zur Opposition wechseln und deren Forderung nach vorgezogenen Präsidentenwahlen mehr Gewicht verleihen. Im Falle von Neuwahlen hätte Janukowytsch ohne die geschlossene Unterstützung seines Lagers wohl keine Chance. Sollte er hingegen die aktuellen Proteste erfolgreich aussitzen können, dann wird es der Opposition wahrscheinlich im nächsten Jahr schwerfallen, die zunehmend politikverdrossene Bevölkerung noch einmal zu mobilisieren.

Festzuhalten bleibt aber auf jeden Fall, dass die Ukraine derzeit nur die Wahl hat zwischen autoritärer Machtsicherung (wie im benachbarten Belarus) und politischer Zerstrittenheit mit Reformblockade (wie bereits nach der Orangen Revolution). Daran würde auch ein Assoziierungsabkommen mit der EU nichts ändern.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Seine eigene Forschung zur Ukraine bezieht sich vor allem auf die politische Rolle der Oligarchen.

Vom zivilgesellschaftlichen Protest zur Revolution

Von Gerhard Simon, Köln

Seit dem 21. November 2013 findet in der Ukraine eine Mobilisierung der Gesellschaft statt, die in diesem Umfang und in dieser Dauer ganz unerwartet ist. Sie geht über die Orange Revolution von November/Dezember 2004 hinaus. Der Aufstand eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft gegen die Regierenden zeigt ein weiteres Mal, dass die dauerhafte Konsolidierung eines autoritären Regimes in der Ukraine – anders als in Russland – nicht möglich ist.

Die Demonstrationen begannen als Proteste gegen die Weigerung von Präsident Janukowytsch, das bereits ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Um die Proteste zu beenden, räumte die Sonderpolizei-Einheit Berkut in der Nacht vom 29. auf den 30. November brutal und blutig den Maidan Nesaleshnosti in Kiew. Erst diese Gewaltanwendung löste die Massenproteste aus, und am Sonntag, den 1. Dezember standen 100 000 Menschen auf dem Maidan.

Dieses Muster wiederholte sich in den folgenden Wochen immer wieder: Statt mit den Protestierenden auf dem Euro-Maidan zu verhandeln und Kompromisse zu suchen, griff die Regierung zu immer neuen Repressalien, zuletzt am 16. Januar mit der Verabschiedung von Gesetzen, die eine Diktatur im Lande ermöglicht hätten. In den nächsten Tagen starben mehrere Aktivisten des Maidan durch Polizeigewalt. Auf den Tod der Demonstranten antwortete der Euro-Maidan zum ersten Mal auch mit Gewalt. Daraufhin wich das Regime Janukowytsch zurück. Die Diktatur-Gesetze wurden am 28. Januar wieder aufgehoben, die Regierung Asarow trat zurück. Mit den Konzessionen versuchte Janukowytsch, den Status quo ante wieder herzustellen (Freilassung der festgenommenen Demonstranten gegen Räumung der Stadt durch die Protestbewegung). Darauf wird sich der Euro-Maidan kaum einlassen.

Denn nach dem 16. Januar schlugen die Proteste in eine revolutionäre Bewegung um. Die Oppositionsführer erklärten am 19. Januar vor der »Volks-Wetsche« (Volks-Versammlung), Parlament und Präsident hätten den Boden der Verfassung verlassen, sie seien deshalb nicht mehr legitim. Die drei Anführer des Euro-Maidan riefen zur Bildung einer »Volks-Rada«, gebildet aus Abgeordneten der oppositionellen Parteien, auf, die ihrerseits eine neue Regierung einsetzen werde. Der Euro-Maidan werde Selbstverteidigungsorgane (»Nationalgarde«) zum eigenen Schutz aufstellen. Der Aufruf zur revolutionären Umwälzung richtete sich an das ganze Land. Daraufhin traten zehn von 25 Gebieten in der westlichen und zentralen Ukraine auf die Seite der

Opposition über; in den meisten anderen dauerten die teilweise auch gewaltsamen Auseinandersetzungen an.

Was motiviert die Protestbewegung und warum weicht sie nicht zurück? Der Demokratieabbau seit der Machtübernahme von Janukowytsch im Frühjahr 2010 ist offensichtlich, und die immer raffinierten Instrumente zur Fälschung von Wahlen haben die Überzeugung wachsen lassen, dass dieses Regime sich nicht wird abwählen lassen. Hinzu kommt, dass Justiz und Polizei fest in der Hand der Exekutive sind. Auch die Werchowna Rada folgt den Anweisungen aus der Präsidialadministration. Die Vertikale der Macht des Präsidenten erscheint unerschütterlich. Hinzu kommt außerdem die miserable wirtschaftliche Bilanz dieser Regierung, die das Land an den Rand einer Zahlungsunfähigkeit gesteuert hat.

Dagegen ist eine deutliche Mehrheit der Menschen in der westlichen und zentralen Ukraine davon überzeugt, dass die Zukunft des Landes in der Annäherung an Westeuropa und institutionell im Anschluss an die EU liegt, nicht nur aus ökonomischen Gründen. Mit Europa verbinden sich die Visionen von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie, Werte, die vom jetzigen Regime mit Füßen getreten werden. Der Euro-Maidan hat eine moralische Dimension. Die Geißelung von Korruption, Clan-Politik und schamloser Bereicherung der »Familie« des Präsidenten mobilisiert die Menschen zum Widerstand. Sie gehen auf den Euro-Maidan, weil es keine anderen Institutionen und Wege gibt, um für eine bessere Ukraine zu kämpfen.

Wie weit reicht der Euro-Maidan? Demonstrationen von Anhängern des Euro-Maidan gab es überall, auch im Osten und Süden des Landes. In den Großstädten am Dnipro fanden sich Tausende ein, weiter östlich blieb die Zahl der Demonstranten allerdings gering. Insofern bestätigte sich das bekannte Bild. Aber: Der Mobilisierung für eine europäische Ukraine steht keineswegs eine Antimobilisierung auf gleicher Augenhöhe oder gar eine Bewegung für den Anschluss an Russland gegenüber. Es überwiegen Passivität und eine sowjetisch geprägte Mentalität, für die offener Protest gegen die Obrigkeit und zivile Initiative fremd und unheimlich sind. Das gilt, obwohl auch im Osten und Süden die Popularität des Regimes Janukowytsch drastisch zurückgegangen ist.

Welche Szenarien für die Zukunft zeichnen sich ab? Präsident Janukowytsch könnte durch Rücktritt und vorgezogene Neuwahlen den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung frei machen. Der Euro-Mai-

dan würde die Stadtzentren in Kiew und anderen Städten für die Rückkehr zur Normalität freigeben. Möglich ist aber auch das Gegenteil: weitere Radikalisierung, Gewalt auf den Straßen, das Unwesen bewaffneter Banden und Todesschwadronen, Zuspitzung der internatio-

nen Konflikte zwischen der EU, den USA einerseits und Russland auf der anderen Seite, bis hin zu einer russischen Invasion nach der Eröffnung der olympischen Spiele in Sotschi.

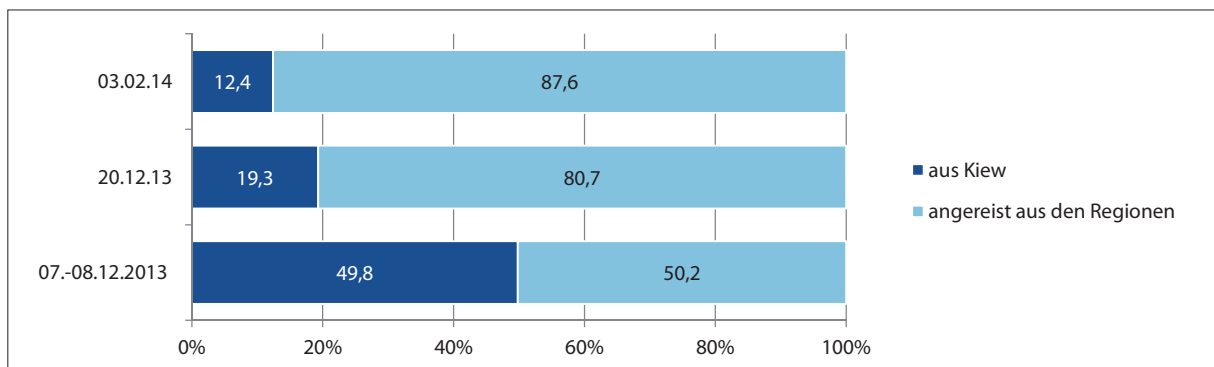
Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an der Universität zu Köln.

UMFRAGE

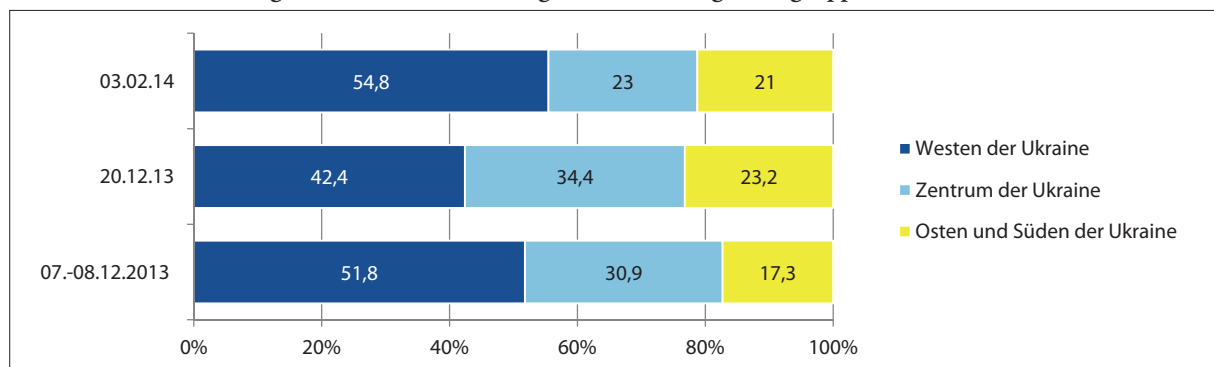
Die Protestierenden auf dem Maidan

Grafik 1: Woher kommen Sie?



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie, KMIS. Am 7.–8. Dezember wurden insgesamt 1037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember und am 3. Februar wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassten alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan), <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/vid-maidanu-taboru-do-maidan.htm>.

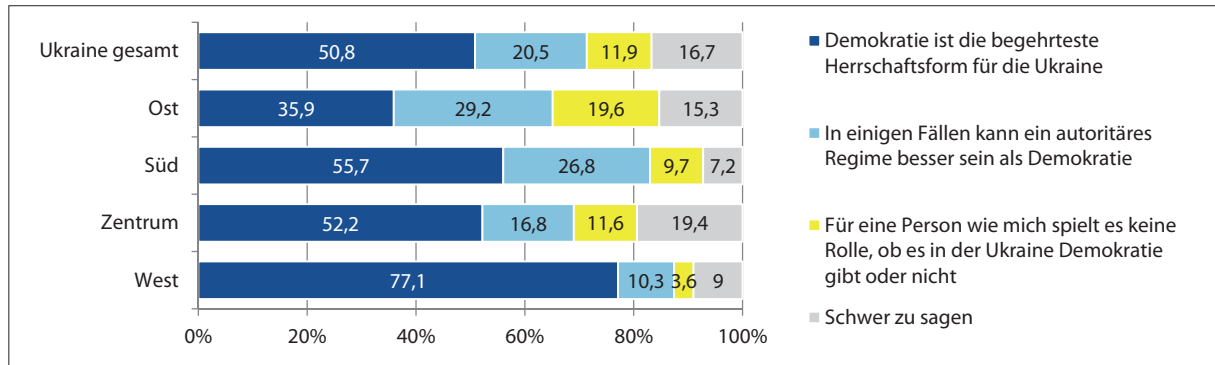
Grafik 2: Falls Sie angereist sind, dann woher genau? (nach Regionen gruppiert)



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie, KMIS. Am 7.–8. Dezember wurden insgesamt 1037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember und am 3. Februar wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassten alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan), <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/vid-maidanu-taboru-do-maidan.htm>.

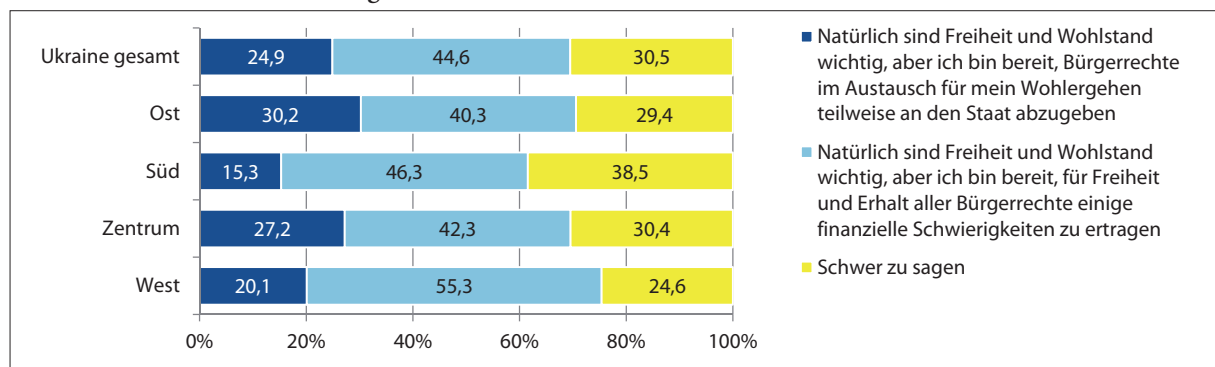
Demokratie vs. Autoritarismus

Grafik 3: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?



Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/dva-misjaci-protestiv-v-ukraini-sho-dali---zagalnonacionalne-opituvannja.htm>.

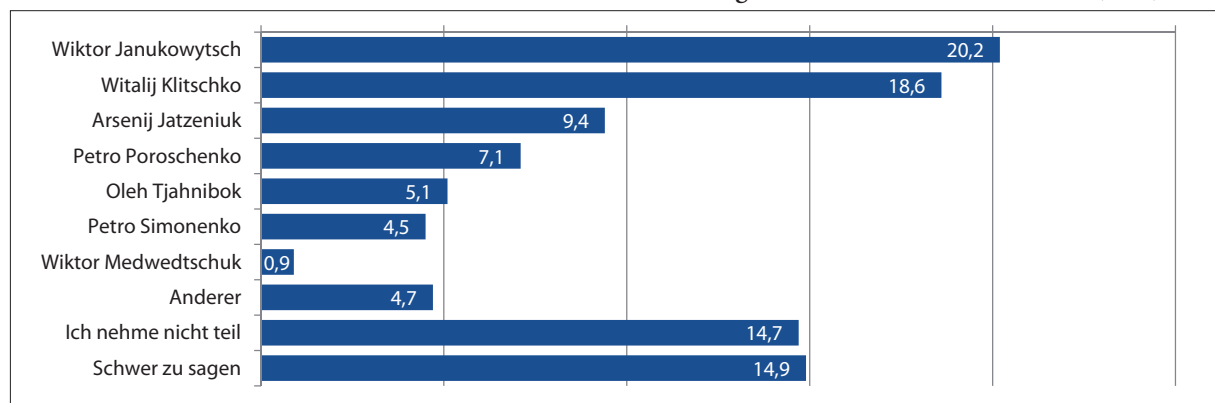
Grafik 4: Welche dieser Aussagen sind Ihnen am nächsten?



Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/dva-misjaci-protestiv-v-ukraini-sho-dali---zagalnonacionalne-opituvannja.htm>.

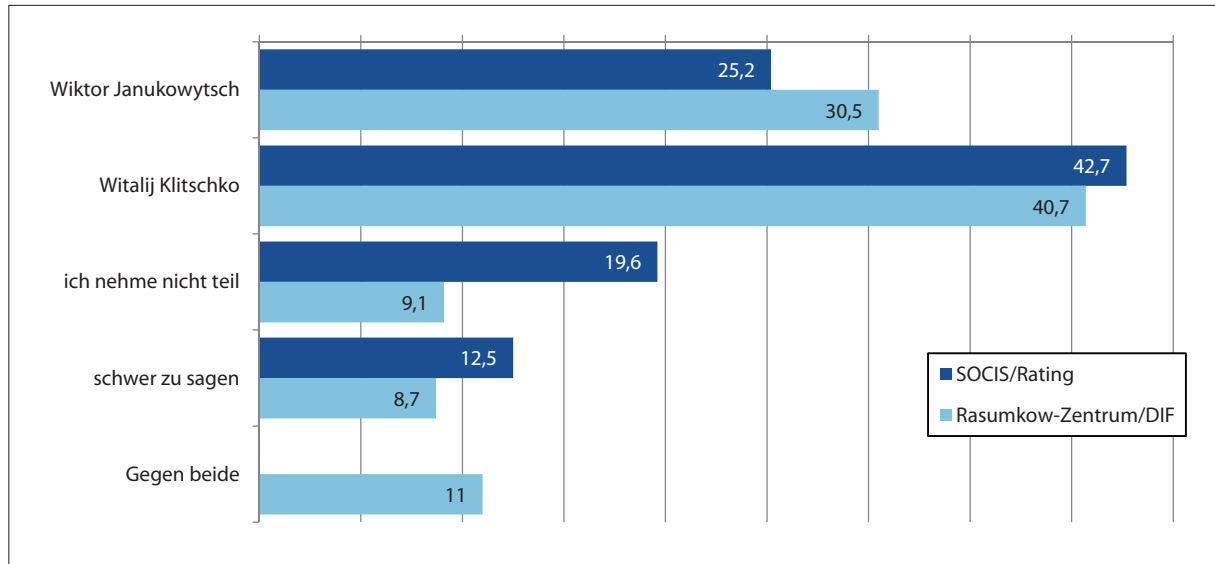
Aktuelle Wahltrends

Grafik 5: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (in %)



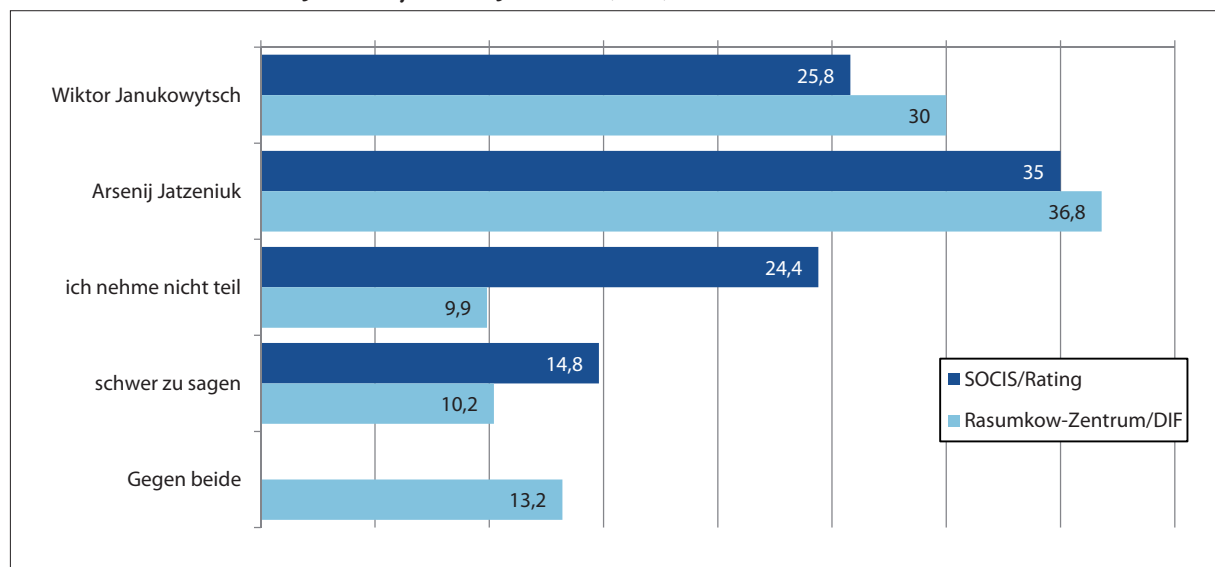
Bemerkung: Liste ohne Julia Timoschenko; Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit der Agentur für soziologische Umfragen »Rating«, vom 7. bis 17. Dezember 2013. Insgesamt wurden 3200 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/suspilno-politychna-sytuatsija-v-ukrajini-hruden-2013.html>>

Grafik 6: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag eine zweite Runde der Präsidentschaftswahlen wäre? Janukowytsch vs. Klitschko (in %)



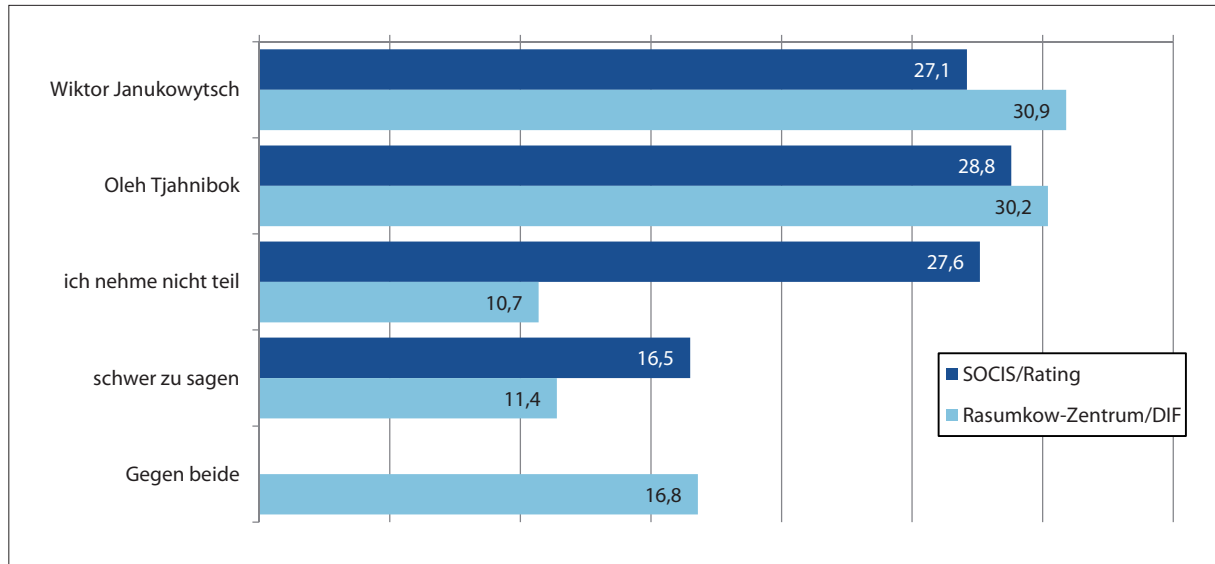
Quellen: Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (SOCIS), zusammen mit der Agentur für soziologische Umfragen »Rating«, vom 7. bis 17. Dezember 2013. Insgesamt wurden 3200 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/suspilno-politychna-sytuatsija-v-ukrajini-hruden-2013.html>>; Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=902>

Grafik 7: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag eine zweite Runde der Präsidentschaftswahlen wäre? Janukowytsch vs. Jatseniuk (in %)



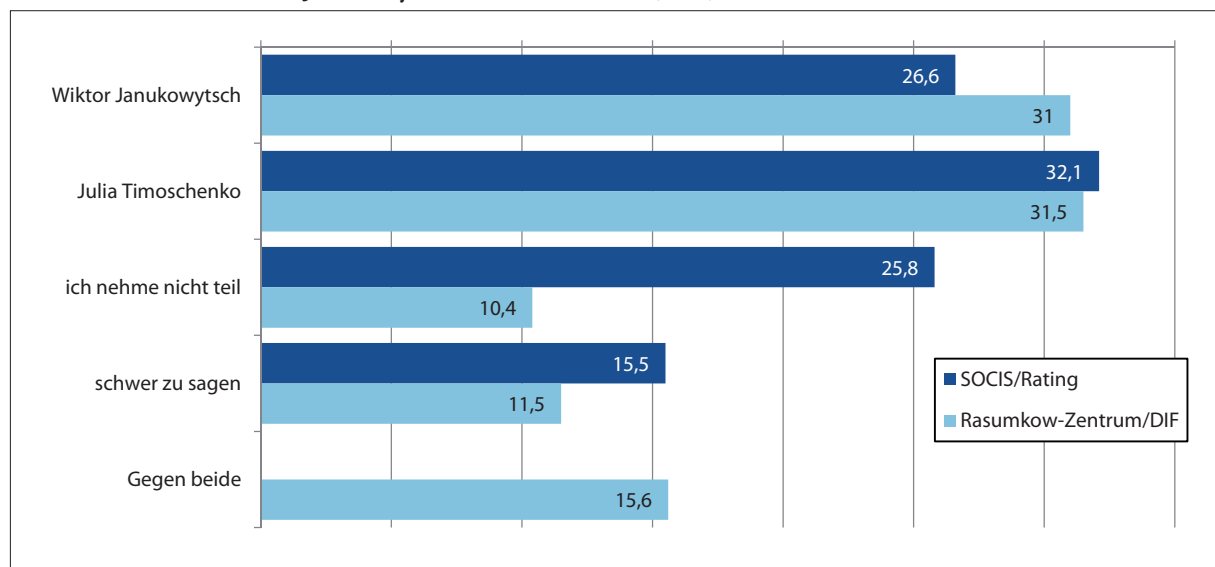
Quellen: Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (SOCIS), zusammen mit der Agentur für soziologische Umfragen »Rating«, vom 7. bis 17. Dezember 2013. Insgesamt wurden 3200 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/suspilno-politychna-sytuatsija-v-ukrajini-hruden-2013.html>>; Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=902>

Grafik 8: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag eine zweite Runde der Präsidentschaftswahlen wäre? Janukowytsch vs. Tjahnibok (in %)



Quellen: Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (SOCIS), zusammen mit der Agentur für soziologische Umfragen »Rating«, vom 7. bis 17. Dezember 2013. Insgesamt wurden 3200 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/suspilno-politychna-sytuatsija-v-ukrajini-hruden-2013.html>>; Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=902>

Grafik 9: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag eine zweite Runde der Präsidentschaftswahlen wäre? Janukowytsch vs. Timoschenko (in %)



Quellen: Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (SOCIS), zusammen mit der Agentur für soziologische Umfragen »Rating«, vom 7. bis 17. Dezember 2013. Insgesamt wurden 3200 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/suspilno-politychna-sytuatsija-v-ukrajini-hruden-2013.html>>; Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt, <http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=902>

CHRONIK

27. Januar – 9. Februar 2014

27.01.2014	In einigen regionalen Zentren, in denen Verwaltungsgebäude besetzt sind, darunter in Sumy und Tscherkassy, kommt es zu Festnahmen. In Tscherkassy wird das besetzte Gebäude gewaltsam geräumt.
27.01.2014	In einem offenen Brief an Ministerpräsident Mykola Asarow wehren sich ukrainische Wissenschaftler gegen die Verfügung des Ministerkabinetts vom 25. Dezember 2013, nach der öffentlich beschäftigte Wissenschaftler vorerst keine Finanzierung für Auslandsreisen mehr erhalten dürfen – offiziell aus Kostengründen.
27.01.2014	Die Polizei etabliert die Praxis, verletzte Demonstranten noch im Krankenhaus zu verhaften. Dies hat zur Folge, dass Verletzte sich weniger behandeln lassen oder auf private Einrichtungen ausweichen, deren Ärzte in einigen Fällen für Demonstranten kostenlose Behandlung anbieten.
27.01.2014	Sowohl in Kiew als auch in den Regionen mehren sich Berichte, nach denen die Regierung gezielt Schlägertrupps gegen Demonstranten einsetzt. Diese Gruppen junger Männer sind für gewöhnlich in Sportkleidung und attackieren oder verschleppen Gruppen oder einzelne Demonstranten. Unter den Protestierenden verbreitet sich für diese Männer der Begriff »Tituschki«, nach dem ersten bekannten Fall dieser Art vom Frühjahr 2013, in dem ein junger Kampfsportler mit Nachnamen Tituschko auf einer Demonstration Journalisten attackiert hatte.
27.01.2014	Die Protestierenden geben das Justiz- und das Agrarministerium wieder frei. Die Oppositionsführer vereinbaren mit Präsident Wiktor Janukowytsch bei ihrem insgesamt vierten Treffen im Zusammenhang mit den Protesten die Möglichkeit eines Amnestiegesetzes für sämtliche bei den Protesten verhaftete Personen unter der Bedingung der vollständigen Räumung der besetzten Straßen und Gebäude.
27.01.2014	Ruslan Melnik, Vorsitzender der städtischen Vertretung des Innenministeriums, erklärt auf einer Kundgebung, dass die Polizeieinheit der westukrainischen Stadt Riwne auf die Seite der Demonstranten übertrete. Polizei und Bürgerwehren patrouillieren gemeinsam auf den Straßen. In Lwiw übernehmen oppositionelle Gruppen einige örtliche Verwaltungen.
27.01.2014	Auf der Krim verbietet das lokale Parlament der autonomen Republik die Tätigkeit der rechtsradikalen Partei Freiheit und anderer Organisationen, die sie als extremistisch einstuft. Die Staatsanwaltschaft prüft die Rechtmäßigkeit.
28.01.2014	Mit 361 von 412 Stimmen nimmt das Parlament neun der elf am 16. Januar verabschiedeten Gesetze wieder zurück. Die Gesetze, welche u. a. die Versammlungsfreiheit einschränkten, den Sicherheitsorganen größere Handlungsspielräume gaben und auch die Protestform des Autofahrens in einer Kolonne untersagten, hatten die massiven Proteste in Kiew und vielen Regionen der Ukraine neu entfacht.
28.01.2014	Ministerpräsident Mykola Asarow tritt zurück. Die Verfassung der Ukraine sieht es vor, dass damit auch die gesamte Regierung neu gebildet werden muss. Westliche Staaten und die Opposition in der Ukraine begrüßen den Schritt.
28.01.2014	Die Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk und Witalij Klitschko geben an, sich trotz in der vergangenen Woche geäußerten expliziten Angeboten Wiktor Janukowytschs nicht an einer neuen Regierung beteiligen zu wollen.
28.01.2014	In Ternopil erkennt das regionale Parlament die von der Opposition ausgerufene Übergangsregierung an.
29.01.2014	Der scheidende Ministerpräsident Mykola Asarow übergibt seine Amtspflichten an seinen Stellvertreter Serhij Arbusow.
29.01.2014	In Saporischschja stellt ein Gericht 32 der 48 angeklagten Demonstranten wegen Beteiligung an Massenunruhen und des Versuchten Sturms der Regionalverwaltung unter Hausarrest.
29.01.2014	Russland führt wieder strengere Zollkontrollen für die Einfuhr ukrainischer Waren ein. Darunter fallen Nahrungsmittel, Maschinenteile und Metalle. Mit einer ähnlichen Maßnahme hatte Russland die Ukraine bereits mehrfach unter Druck gesetzt, zuletzt im Herbst vergangenen Jahres.

29.01.2014	In einer außerordentlichen Sitzung stimmen 226 Abgeordnete und damit eine Knappe Mehrheit für das Gesetz über die Amnestierung von an friedlichen Versammlungen Beteiligten. Von vier Gesetzesentwürfen wird der Gesetzentwurf der Partei der Regionen verabschiedet, jedoch erst nach einer Aussprache mit Präsident Wiktor Janukowytsch, der das Parlament persönlich besuchte. Die Amnestierung soll erst in Kraft treten, nachdem alle Gebäude und Straßen von den Protestierenden freigegeben worden sind. Die Opposition hingegen besteht auf bedingungslose Amnestierung.
30.01.2014	Außenminister Leonid Koschara trifft die Botschafter der EU, der USA, Kanadas, Norwegens, Russlands und der Schweiz in Kiew, um über mögliche Lösungen der politischen Krise zu beraten.
30.01.2014	Nach einer Woche geben Demonstranten die besetzte Stadtverwaltung in Lwiw frei, nachdem diese im Austausch einen Aufwärmraum für Protestierende zur Verfügung gestellt hatte.
30.01.2014	Justizministerin Olena Lukasch gibt die Gründung einer parlamentarischen Kommission bekannt, die über mögliche Verfassungsreformen beraten soll. Dies hatten die Oppositionsführer bei einem Treffen mit Präsident Wiktor Janukowytsch ausgehandelt.
30.01.2014	Der Aktivist Dmytro Bulatow, der vor einer Woche verschwunden war, taucht wieder auf. Er ist schwer verletzt, hat Wunden und Hämatome am Kopf, ihm fehlt ein Stück des rechten Ohrs. Er erklärt, er sei die ganze Zeit über gefoltert worden.
30.01.2014	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) verabschiedet eine Resolution zur Lage in der Ukraine mit einer Reihe von Empfehlungen. Laut dem Dokument können Sanktionen gegen die ukrainischen Behörden im April erwogen werden, wenn die Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine auch weiterhin andauern.
31.01.2014	Bereits 20 Autos von Aktivisten des Maidans sind in den letzten Tagen in Flammen aufgegangen.
31.01.2014	Angehörige der Armee und des Verteidigungsministeriums fordern Präsident Wiktor Janukowytsch auf, die Situation unter Kontrolle zu bringen, da mittlerweile die territoriale Integrität des Staates gefährdet sei.
31.01.2014	Die Staatsanwaltschaft der autonomen Republik Krim erklärt, dass das Verbot der Partei Freiheit, das das Regionalparlament einige Tage zuvor erlassen hatte, rechtswidrig sei und zurückgenommen werden müsse.
31.01.2014	Der Geheimdienst der Ukraine strengt auf Grundlage gesammelter Informationen ein Verfahren gegen die Oppositionspartei Vaterland wegen versuchten Staatsstreichs an.
31.01.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch unterzeichnet das Gesetz zur Amnestierung bei friedlichen Protestkundgebungen Verhafteter und die Gesetzesänderungen, welche die Mehrzahl der am 16. Januar verabschiedeten Gesetze rückgängig machen.
01.02.2014	Die Organisatoren der Protestcamps rufen für den ersten April zu einer landesweiten Versammlung von Vertretern der Euromaidans auf, um die weiteren Schritte der Protestierenden zu koordinieren.
01.02.2014	Die Oppositionspolitiker Arsenij Jazenjuk und Witalij Klitschko treffen auf der Münchner Sicherheitskonferenz hochrangige Vertreter westlicher Staaten. Die Außenminister der Ukraine und Russlands, Leonid Koschara und Sergej Lawrow, sind ebenfalls zugegen. US-Außenminister John Kerry kritisiert die russische Politik als Zwang, Lawrow gibt den Vorwurf zurück und nennt Kerrys Äußerungen »Propaganda«. Außerdem sei es befremdlich, dass westliche Staaten die gewaltsamen Aktionen der Protestierenden nicht verurteilten.
01.02.2014	Vertreter der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei gründen in Charkiw eine Organisation mit dem Namen »Ukrainische Front«.
01.02.2014	Die Euromaidan-Aktivisten errichten eine große Leinwand auf der Hruschewskij-Straße, um den anwesenden Polizisten TV-Nachrichten über den Maidan zu übermitteln.
02.02.2014	Der Oligarch und fraktionslose Abgeordnete Petro Poroschenko, der der Opposition nahesteht, erklärt auf seiner Facebook-Seite, dass der schwer verletzte Aktivist Dmytro Bulatow zur medizinischen Behandlung nach Riga ausgeflogen worden sei. Bulatow war eine Woche verschwunden gewesen und hatte, wie einige andere Aktivisten, von Folter berichtet.

02.02.2014	EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle erklärt auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die EU der Ukraine eine echte Beitrittsperspektive eröffnen müsse, wenn sie ihr wirklich helfen wolle.
03.02.2014	Der Fraktionsführer der Vaterlandspartei, Arsenij Jazenjuk, erklärt, dass die Opposition bereit sei, volle Regierungsverantwortung zu übernehmen. Eine Woche zuvor hatten die Oppositionsführer die Ämter des Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreters, die Präsident Wiktor Janukowytch ihnen angeboten hatte, ausgeschlagen.
03.02.2014	In der Region Desnjansk bei Kiew stürmen Aktivisten der Partei Freiheit ein Verwaltungsgebäude und fordern, es »zu befreien«.
03.02.2014	Die Protestierenden in Kiew geben die Hruschewskij-Straße und das besetzte Rathaus wieder frei. Das einige Tage zuvor verabschiedete Amnestie-Gesetz sieht die völlige Räumung aller öffentlichen Straßen, Plätze und Gebäude vor.
03.02.2014	Nach Angaben der Organisatoren des Euromaidans wurden seit Beginn der Proteste im November 2013 bereits 1400 Aktivisten verletzt, 300 wurden verhaftet, 4 Aktivisten starben und 35 verschwanden. Laut dem Kiewer Institut für Medien wurden seit Beginn der Proteste 136 Journalisten verletzt, 80 davon zwischen dem 19. Januar und dem 2. Februar 2014.
03.02.2014	Die Partei UDAR ruft in der Region Transkarpatien eine alternative regionale Regierung aus. Diese soll, wie die bereits gegründeten in anderen Regionen des Landes, die Selbstverteidigungseinheiten der Protestierenden koordinieren und für einen Machtwechsel auf allen Ebenen sorgen.
03.02.2013	Die Hohe Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, kündigt in einem Interview umfangreiche finanzielle Unterstützung und Investitionen an. Dies sei jedoch an die Bedingung tiefgreifender ökonomischer Reformen geknüpft.
04.02.2014	UDAR-Parteichef Witalij Klitschko reagiert ablehnend auf Vorschläge Petro Simonenkos, des Chefs der Kommunistischen Partei, der angeregt hatte, eine Föderalisierung des Landes in Betracht zu ziehen, um Tendenzen zur Spaltung einzudämmen. Klitschko erklärt, ein besserer Weg zur Herstellung von Einigkeit sei es, die Verfassung des Jahres 2004 wieder einzuführen, die dem Präsidenten erheblich weniger Macht einräumt.
04.02.2014	Das Parlament debattiert über die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Opposition kündigt eine Blockade an.
04.02.2014	In Kiew wird eine weibliche Hundertschaft gebildet. Zusammen mit anderen so genannten Selbstverteidigungseinheiten, die bisher hauptsächlich aus Männern bestanden, wird sie auf dem Euromaidan Wache halten. Außerdem lernen Frauen Selbstverteidigungs- und Selbstorganisationstechniken und informieren sich über Frauenrechte.
05.02.2014	Die Hohe Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, berichtet von der Vorbereitung umfangreicher finanzieller Unterstützung und Investitionen gemeinsam mit den USA. Dies sei jedoch an die Bedingung tiefgreifender ökonomischer Reformen geknüpft. Der EU-Erweiterungskommissar Füle unterstützt das Angebot in einer Ansprache im EU-Parlament. Kommissionspräsident Barroso erklärt jedoch, dass es nicht darum gehen könne, die Ukraine für die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens zu bezahlen. Das Abkommen selbst sei bereits ein Entgegenkommen der EU. Barroso ruft zudem alle Seiten zur Einstellung der gewaltsamen Handlungen auf.
05.02.2014	27 ukrainische Diplomaten im Ausland erklären ihre Solidarität mit den Protestierenden und fordern eine friedliche Lösung des Konflikts.
06.02.2014	Etwa 20.000 Menschen demonstrieren am Parlamentsgebäude für eine Rückkehr zur Verfassung von 2004.
06.02.2014	Zur Stabilisierung des Wechselkurses der ukrainischen Hrywnja müsse bald eine politische Lösung gefunden werden, erklärt Oleksandr Sawtschenko, Direktor des Kiewer Internationalen Wirtschaftsinstituts. Die Hrywnja war seit Mitte Januar stark gefallen. Hatte am 10. Januar ein Euro noch 11,07 UAH gekostet, waren es am 06. Februar bereits 11,85 UAH.

06.02.2014	Der mutmaßliche Attentäter der oppositionellen Journalistin Tatjana Tschornowol wird in Moskau festgenommen. Die bekannte Aktivistin war vor einigen Wochen angegriffen und schwer verletzt worden.
06.02.2014	Das Verteidigungsministerium gibt an, dass aufgrund der im benachbarten russischen Sotschi stattfindenden olympischen Winterspiele der Luftraum über der Krim verstärkt kontrolliert werde.
06.02.2014	Auf dem Maidan ist eine Paketbombe explodiert. Dabei wurden zwei Menschen verletzt.
06.02.2014	Das Europäische Parlament schließt in einer Resolution zur Ukraine gezielte Sanktionen gegen diejenigen, die für Übergriffe auf Demonstranten verantwortlich seien, nicht aus und fordert finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die EU.
07.02.2014	Die US-amerikanische stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland entschuldigt sich für ihre despektierliche Äußerung über die EU in einem Telefonat mit dem US-Botschafter Geoffrey Pyatt in Kiew. Sie hatte im Kontext von Maßnahmen zur Regulierung der Krise geäußert: »Fuck the EU.«
07.02.2014	Nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sozis in Kiew unterstützen 47 % der ukrainischen Bevölkerung die Proteste gegen die Regierung. 46 % sind dagegen.
07.02.2014	Nach Aussagen eines hohen EU-Diplomaten schließt die EU Sanktionen gegen die Ukraine nicht mehr aus. Es werde in den folgenden Tagen im Rahmen des Europäischen Rates darüber beraten.
08.02.2014	Das belarussische Parlament drückt in einer Resolution Besorgnis über die politische Krise in der Ukraine aus und fordert eine Regelung des Konflikts ohne äußere Einmischung. In der Resolution wird die EU für ihre Politik der Unterstützung der Protestierenden und die Androhung von Sanktionen kritisiert.
08.02.2014	Der Vorsitzende des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, kritisiert seinerseits die Einmischung der USA in die Ukraine-Politik der EU. Dies ist eine Reaktion auf die despektierlichen Äußerungen der stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland, die zwei Tage zuvor durch ein geleaktes Telefongespräch an die Öffentlichkeit geraten waren.
09.02.2014	Auf dem Maidan der Unabhängigkeit in Kiew finden sich abermals über zehntausend Menschen zu einer Demonstration für eine europäische Zukunft der Ukraine und gegen Präsident Wiktor Janukowytsch ein.
09.02.2014	Auf einer Kundgebung auf dem Maidan der Unabhängigkeit in Kiew rufen Oppositionspolitiker dazu auf, in jeder Region des Landes »Selbstverteidigungseinheiten« aufzubauen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Malygina

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>